

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Antifaschisten wählen Kommunisten
Macht alles mobil zum Massenbekenntnis für die Liste

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen
Verbreitungsgebiet Ostschlesien . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball

Verlag: Die kommunistische Kampfbroschüre 20 Pf. Nr. Familien-
ausgaben 20 Pf. Kassenkarte 10 Pf. an den bestellenden Teil einer Kartei
1,30 Pf. Kassenkarte: Das Sekret. Die Sekretariatsarbeiten. Hilfe
für den Arbeiter. 2. Teil. 27 Pf. Verlag Dresden 2113. Kassenkarte
und Spezialien: Dresden-K. Schreiberstraße 2. Tel. 17 130. Bei
bestellen monatlich 2,20 Pf. (im voraus zahlen), durch die Post 2 Pf. (mit
Zuschlag). Die Kassenkarte erhebt sich außer an Genuß und Neben-
gaben. In Fällen höherer Gewalt behält sich Verleger das
Recht vor, die Preisänderung des Bezugspreises. Verantwortlich für den arbeiter-
rechtlichen Inhalt, mit Ausnahme der von verantwortlichen Seiten: Dr.
W. Seemann, Dresden. Verleger: Fritz Richter, Druck u. Verlag: Dresden
Verlagsgesellschaft, Dresden, Schreiberstraße 2, Tel. 17 130, Postfach Dresden 1508

9. Jahrgang Dresden, Dienstag den 14. Februar 1933 Nummer 32

Einheitsfront-Angebot der roten Verbände

Schreiben der Einheitsverbände der Metallarbeiter und für das Baugewerbe an DMB und BOB . Gemeinsame Verbreitung und konkrete Kampfmaßnahmen vorgeschlagen . Arbeiter, nehmt sofort in allen Betrieben, Stempelstellen und Gewerkschaftsversammlungen Stellung für proletarische Kampfeinheit gegen Faschismus

Berlin, 14. Februar (Eig. Ber.)

Der Einheitsverband der Metallarbeiter hat am 11. Februar ein Schreiben an den DMB Berlin gerichtet, und ebenso der Einheitsverband für das Baugewerbe an den Baugewerksbund, und haben vorgeschlagen, in eine gemeinsame Beratung einzutreten und gemeinsame Maßnahmen zu treffen, durch die die sich in der Arbeiterkategorie anbahnende Einheitsfront für den Kampf gegen den Faschismus gefördert und fester geschlossen wird.

Was aber tun die Führer des DMB und BOB?

Bisher hat der erste Vorsitzende des DMB eine Antwort gegeben — eine unvollständige Antwort; er erklärte den Vertretern des BOB, er sei außerstande, mit ihnen zu verhandeln und zu verhandeln, dafür sei der Ortsausschuss des DMB zuständig. Aber ein Ausweichen, Verschleppen und Hinhalten kann und darf von den Arbeitern nicht mehr gebilligt werden. Die Lage ist äußerst ernst und

es geht jetzt um große Entscheidungen.

um das Wohl und Wehe der deutschen Arbeiterklasse. Soll es so werden, wie in Italien, Spanien oder im Polen-Subjekt? Doch ist die Arbeiterklasse Deutschlands imstande, dem Faschismus entgegenzutreten, ihn zurückzuschlagen und niederzutreten. Der Schlüssel der Erfolge und des Sieges der Arbeiterklasse ist das einheitliche gemeinsame Handeln gegen den Faschismus. Deshalb, Arbeiter, Gewerkschaftsleiter, Proletarier aller Betriebe und Stempelstellen, nehmt sofort Stellung.

Nicht Beschlässe für die Einheitsfront, sondern auch zum Einheitsangebot der roten Verbände, berätet und beschließt über die konkreten Kampfmaßnahmen.

Vorwärts zum Einheitsfrontkämpfe zur Tat, zum einheitlichen Massenkampf gegen Faschismus, für die Freiheit der Arbeiterklasse!

SPD-Arbeiter, jetzt gilt es!

Schließt mit uns den Angriffsfront der antifaschistischen Kampfeinheit!

Ein Nachwort zum öffentlichen SPD-Parteitag

Mit nachstehendem Artikel teilen wir eine Diskussion über die Frage der Einheitsfront ein, zu der sich auch sozialdemokratische Arbeiter äußern sollen. Wir gehen deshalb auch von einer Betrachtung des letzten sozialdemokratischen SPD-Parteitages für Ostschlesien aus, auf welchem der sozialdemokratische Führer Edel unter anderem eine höchst demagogische Rede zur Frage der Einheitsfront hielt. In dieser Rede erklärte er u. a.:

„Wenn die Kommunisten glauben, daß unsere Demonstrationen anhängen und unsere Versammlungen fester zu machen, um für ihre Streitparolen Stimmung machen zu können, so sind unsere Genossen dafür zu schade.“

Das beweist mir aller Deutlichkeit, daß die sozialdemokratischen Führer ihre ganze Kraft gegen das Zusammenkommen der Einheitsfront der Tat einlegen.

Um so lauter schreien diese SPD-Führer in diesen Tagen über das Angebot eines „Angriffsfrontpakt“ mit der KPD. Darin erschöpfen sich alle ihre „Einheitsfront“-Vorstellungen. Wir aber vermitteln den SPD-Arbeitern den Vorschlag eines gemeinsamen Angriffsfrontpakt gegen den Faschismus und antworten den SPD-Führern mit den Worten unseres Genossen Selbmann in einer öffentlichen Diskussionsversammlung in Leipzig:

„Wir wollen die Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern. Brauchen wir mit denen einen „Angriffsfrontpakt“ abzuschließen? Mit wem schließt man solche Pakte ab? Mit seinen kapitalistischen Feinden? Sind denn die sozialdemokratischen Massenangehörigen unsere Feinde? Nein — sie sind unsere Brüder! Mit ihnen brauchen wir keinen Angriffsfrontpakt abzuschließen. Mit ihnen wollen wir einen Angriffsfrontpakt gegen den Kapitalismus haben.“

Dresden, 14. Februar

Angeht es den mörderischen und blutigen Terror, den die braunen Banden in diesen Tagen zum Zweck der Niederschlagung der Arbeitermassen entfalten und dem Tag für Tag Arbeiter zum Opfer fallen, macht die Erkenntnis von der Notwendigkeit des einheitlichen antifaschistischen Kampfes unter den Arbeitern. Mit der weiteren gewaltigen Verschärfung des Klassenkampfes in Deutschland ist der gewaltige und unzerstörbare Wille zur kämpfenden Einheitsfront in den Massen der Arbeiter immer härter und mächtiger geworden. Auch die Arbeiter der Sozialdemokratie, des Reichsbanners und der freien Gewerkschaften sind von diesem Willen zur kämpfenden Einheitsfront erfüllt. Das ist es, was gegenwärtig die sozialdemokratischen Führer veranlaßt, auch ihrerseits viel von der „Einheit des gesamten Proletariats“ zu reden.

So gelang es erst jetzt wieder anlässlich des Parteitagess der SPD Ostschlesien, auf welchem beziehungsweise der größte Teil des Hauptprekokes der Vertiefung der SPD vor den Angriffen und Anklagen der Kommunisten und auch der sozialdemokratischen Arbeiter gemeldet werden mußte. Aber die

Als Grundlage für die Verhandlungen sind in dem Schreiben vier Punkte aufgestellt: Der erste Punkt schlägt konkrete Kampfmaßnahmen für die Mobilisierung der Betriebe zum Kampf vor. Im zweiten Punkt wird vorgeschlagen, eine gemeinsame Aufforderung an alle Mitglieder und Anhänger der Gewerkschaften und der roten Verbände zu richten zum Zwecke der

Bildung eines Masseneinheitsfront zum Schutze des Arbeiterlebens, der Arbeiterlokale und des Arbeitereigentums.

Es wird zweitens vorgeschlagen, in allen Betrieben, auf allen Stempelstellen Aktionsausschüsse zur Organisierung des Kampfes gegen den Terror, gegen Lohnabbau, Durchbrechung des Tarifrechtes, gegen Entlassungen, gegen drohende Angriffe auf die Erwerbslosenversicherung, Krankenversicherung und sonstige soziale Einrichtungen zu bilden.

Drittens wird vorgeschlagen, in gemeinsamer Aussprache die Organisierung des einheitsfrontmäßigen Kampfes zur Vertiefung aller Arbeiterorganisationen, die von dem Faschismus bedroht werden, zu beraten.

Die Schmalzpreise steigen!

Papen verteuerte das Salz — Hitler das Schmalz! Weg mit den neuen Hungerjölken!

Allein die Ankündigung der Erhöhung des Schmalzpreises hat auf dem Berliner Großhandelsmarkt bereits ein Nacheinander der Preise hervorgerufen, obwohl die neuen Zollbestimmungen erst am 15. Februar in Kraft treten sollen. Bis jetzt ist bereits im Großhandel eine Preissteigerung von 10 bis 11 Pfennig pro Pfund eingetreten. Am 31. Dezember, vor der Konjunkturerhebung, kostete ein Zentner Schmalz 48—50 Mark, am 8. Februar, vor der Veröffentlichung der neuen Zollbestimmungen, 57—58 Mark. Nach der Veröffentlichung der neuen Erhöhungen ab 15. Februar wurden im Berliner Großhandel bereits 57—58 Mark für den Zentner Schmalz verlangt und auch bezahlt. Die Verkäufer wurden den Großhändlern fast aus den Händen gerissen. In Nachtreisen wird berichtet, daß die neue Schmalz-Erhöhung in vollem Umfange auf den Verbraucher abgewälzt werden wird.

Die Vertuierung von Schmalz, Speck und Fleisch durch die neuen Zollbestimmungen der Regierung Hitlers, hat im arbeitenden Volk ganz Deutschlands einen Sturm der Entrüstung erregt. Papen hat uns das Salz verteuert, sagen die Proleten mit Recht, Hitler verteuert uns jetzt Schmalz und Speck! Hitler treibt also keine andere Politik als vor ihm Papen.

Der Angriff, das Berliner Naziblatt des Dr. Goebbels, versucht lebhaft die offizielle Erklärung der Regierung Hitler ab, und zwar unter der absolut irreführenden Überschrift „Schutz der Landwirtschaft!“. Die Voraussetzung einer allgemeinen Lebensmittel-Preiserhöhung ist die „üblich-matrimoniale“ Preiserhöhung, welche aus den Zollbestimmungen eine Preissteigerung geschlossen habe; dies sei „eine unerhörte Verdröhnung“. Wegen solcher Kommentare der Regierungsmassnahmen möchte der Angriff den Staatsanwalt mobil machen, weil dadurch eine „unhörige Beunruhigung“ in die Massen getragen werde.

Der Angriff wagt freilich nicht zu bestreiten, daß die neuen Zollbestimmungen eine Preissteigerung zur Folge haben werden; er möchte nur „energisch“ darauf hinweisen, daß „an sich“ eine Preissteigerung nicht notwendig ist. In den beiden Wörtern „an sich“ liegt der Haken.

Bisher konnte die Arbeiterfront billiges ausländisches Schmalz zum Preise von 50 bis 60 Pfennig kaufen, d. h. erheblich billiger als inländisches Schmalz. Durch die Zollbestimmungen wird das ausländische Schmalz um 20 Pfennig verteuert. Daran kommt kein noch so schlüssiger Kommentar des Naziblattes aus.

Bestimmend ist, daß der Völkische Beobachter die Regierungserklärung ohne jedes Wort des Kommentars abdruckt. Das Berliner Tageblatt meldet aus Kopenhagen, daß in Dänemark die neuen deutschen Fleisch- und Schmalzpreise einen Proteststurm hervorgerufen haben. Dänische Zeitungen erklären, daß diese Zollbestimmungen der Protektionierung des offenen Handelskrieges gleichkommen und daß dadurch die deutsche Industrie den letzten Rest ihres skandinavischen Absatzmarktes auch noch verlieren werde.

Aber die deutsche Exportindustrie bedeutet dies den Verlust

von vielen Tausend Millionen Aufträgen, für die deutsche Arbeiterklasse aber verhärtete Arbeitslosigkeit für Zehntausende bisher noch beschäftigter Arbeiter. Das ist die „Arbeitsbeschaffung“, welche die Nazisführer versprechen.

Generalschlag gegen KPD schon in aller kürzester Zeit geplant!

Berlin, 14. Februar (Eig. Draht.)

Die Regierung will in den nächsten Tagen oder Wochen schon den Generalschlag gegen die KPD und die proletarischen Massenorganisationen führen. Zur ideologischen Vorbereitung werden — wie wir aus besserer Quelle erfahren — Kampfsparolen: Grobansatz auf Rotfront — Her mit dem Ausnahmegesetz gegen die KPD.

Das mit mit Lüge und Verleumdung arbeitende Flugblatt — wer bezahlt es? — wird im deutschsprachigen (1) Verlag gedruckt und ist gedruckt von dem bereits mehrere Male öffentlich getätigten als Schwindler überführten Herrn Korobi, Leiter der sogenannten „Nationalen Abwehrstelle gegen bolschewistische Umtriebe“. In Kiefenlettern brüllt es über die erste Seite:

„Verbot der KPD! Verbot der KPD-Preise! Verbot aller KPD-Organisationen! Fort mit den roten Staatsverrätern aus Reichstag und Länderparlamenten!“

So lauten die vier Hauptpunkte des Ausnahmegesetzes gegen die KPD, dessen Verleumdung, wie es in den Hauptprodukten

Korobis heißt, „zu einer eisernen und unumgänglichen Staatsnotwendigkeit geworden ist.“

Diese Pläne der faschistischen Reaktion müssen die gesamte Arbeiterklasse alarmieren und zur eisernen Bilanz gegen jeden Anschlag auf die KPD und die revolutionären Organisationen zusammenschließen. Grobansatz, Ermordung und Hehe, Prostitution, das alles soll jetzt schon der Vorbereitung des Verbotes der kommunistischen Partei dienen. Mit der Unterdrückung der kommunistischen Partei glaubt die Bourgeoisie die Widerstandskraft der Arbeiterklasse brechen und lähmen zu können. Um so gewaltiger muß das Echo in den Arbeiterreihen auf alles, was auf das KPD-Verbot abzielt, sein. Die Arbeitermassen werden die Alarmzeichen der Stunde verstehen und zu beantworten wissen mit dem

Massenkampf gegen das drohende KPD-Verbot und mit gewaltiger Massenmobilisation für Liste 3!

SPD-Arbeiter lassen sich schon nicht mehr mit billigen Lebensmitteln abspülen und belächeln. Das wird auch in der vom SPD-Bestirzten Reichstag berichtet. Die SPD-Bestirzung ist gegeben, wo über die Stimmung auf diesem Parteitag u. a. folgendes gesagt wird:

„Die Worte der Führer wurden nicht — wie in ruhigen Zeiten — schweigend angenommen, der Drang, eigene Meinung zu sagen, eigenen Willen zu bekunden, ist vielmehr die Härter immer mehr zu hitzigen Reaktionen hin.“

Die Volkszeitung vertritt zwar nicht, welcher Art diese Ausfaltungen waren, aber das ist ja auch nicht schwer zu erraten. Um so weniger, als Wedel in einem Besprechungsausschuss zum Reichsparteitag in der Sonnabend-Volkszeitung in folgendes Heft- und Wortspiel ausbrach:

„Die politische Vermittlung hat nicht nur inoffiziell, sondern sogar organisierte Arbeiter erfasst, die trotz der Schwere der Zeit immer noch verkünden, daß die Sozialdemokratie an allem schuld und daher als der Hauptfeind zu bekämpfen sei.“

Der Reichsparteitag hat die schwere, aber geschichtlich bedeutende Aufgabe, der Politik der wirtschaftlichen und politischen Vermittlung eine Politik der Entmischung entgegenzusetzen.“

Das ist ohne Zweifel ein ziemlich deutliches Geständnis, eine offene Bestätigung der von uns wiederholt festgestellten Tatsache, daß die Sozialdemokratie von ihren eigenen Arbeitern mit der Aufgabe bedrängt wird, daran schuld zu sein, daß die arbeitenden Massen heute unter der schuldigen Diktatur leben. Diese auch unter den SPD-Arbeitern machende Erkenntnis nennt Wedel „politische Verwirrung“, der er dem sozialdemokratischen Reichsparteitag empfiehlt, eine „Politik der Entmischung“ entgegenzusetzen. Dieser Aufgabe hat sich Edsel Edel zu entziehen versucht und wie er es tat, das muß allen Arbeitern gezeigt und direkt klargestellt werden, damit sie erkennen, mit welcher Reichsmaßnahme sozialdemokratische Führer blutigen Arbeiterverrat einleiten, um jetzt selbst mit diesem Eingeständnis des schuldigen Klassenverrats den Einbruch zu vermeiden, als wollten sie nun aber bessere Sozialisten von Arbeiterinteressen werden als bereinst.

In Wirklichkeit wollen sie das gerade im Erkenntnis ihres Verrats in die Frühe gezwangene Vertrauen der SPD-Arbeiter wieder reparieren, um neuen Verrat an ihnen zu begehen.

Darum verachte auch Edel rechtlich, die ganze Reihe sozialdemokratischen Verrats an den Arbeitern nicht als solchen erkennbar werden zu lassen, sondern er stellte sich hin und schob alle Ungehörlichkeiten, die der Arbeiterklasse infolge des Klassenverrats der SPD widerfahren, auf das Konto von deren „Kampfmethoden“.

Aber gemäß! Die Kriegspolitik der SPD von 1914 bis 1918 ist nicht „Kampfmethode“, sondern Politik, die dem Interesse der herrschenden Klasse diene. Diese Politik und die der Wiederherstellung der deutschen Arbeiterklasse von den Novembertagen 1918 bis zum heutigen Tage war überliefert Verrat an den Arbeitern. Diese Politik hat schließlich dazu geführt, daß die deutschen Arbeiter heute unter der schuldigen Diktatur leiden.

Das soll nie und nimmermehr vergessen werden!

Allein die Namen Edert und Koste, von denen der eine erklärte: „Ich halte die Revolution wie die Sünde“ und der andere sagte: „Einer muß der Sündenbock sein“, allein diese Namen lind Schandmal des Verrats der Arbeiterklasse genug. Von Edert wurde erst kürzlich in der linksbühnenzeitung Zeitungschrift „Das Tagebuch“ vom 11. Februar folgendes gesagt:

Bisher schien die Geschichte der letzten 14 Jahre gerade dadurch charakterisiert, daß sie in keiner Stunde, keiner Minute, keiner Sekunde auch nur von einem Quentchen „Marxismus“ beherrscht gewesen war. Dies schon das Ergebnis der gegenständlichen Tätigkeit eines anderen Arbeiterführers, einer anderen Exzellenz, und die hohe Anerkennung, deren sich dieser Arbeiterführer Exzellenz Edert bis in die allerletzten Tage gerade in der Oberleitung der deutschen Sozialdemokratie erfreute, schien gerade auf der Donnarstag vor zu beruhen, daß er, der Edert, vom Kongress der 9. November an keine Kräfte, keinen Schwelch, keine Atemlosigkeit, kein Obdium, keine Blattschneiderei, keine Widerborstigkeit, keine Schläue, keine Gewalt, keine Anknüpfung, Zerkleinerung, Fällensstellung, Sabotage und was nicht sonst noch alles geistert hatte, um zu verhindern, daß am Gottes Willen auch nur ein Fragmenten Marxismus in die Ordnung der deutschen Dinge gerate.“

Und auch Edel mußte ja schließlich auf dem offiziellen SPD-Parteitag erklären:

„Tatsächlich hatten wir zu wenig Marxismus.“

Der Bericht in der Dresdner Volkszeitung vermerkt an dieser Stelle: (Redaktion sehr wahr), was auf die Erkenntnis und Empörung selbst in den Kreisen der Delegierten höchst eindeutige Schlüsse zuläßt.

Wenn Edel dann schließlich weiter erklärte: „Bis zum Ausbruch der Krise hatte es den Anschein, als ob auf dem Boden der Demokratie und der Republik der sozialpolitische Aufstieg des Proletariats gesichert wäre“, so ist dieser Dreh vom „sozialpolitischen Aufstieg“ eine glatte Verhöhnung der immer tiefer ins graue Fleisch hinabgefallenen Arbeitermassen.

Dieser Verhöhnung wurde in Edels Referat schließlich durch die unehrerbietigste Beschimpfung der Kommunisten die Krone aufgesetzt. Edel erdreistete sich, von den Kommunisten zu sagen:

„Sie verheimlichen, daß sie selber den heutigen Zustand verschuldet haben. Daß die Revolution ihre große Aufgabe nicht gelöst hat, kann nicht geklagt werden. Die Kommunisten aber haben kein Recht zum Vorwurf, denn sie beargwöhnten die Geschäfte der Konterverrevolution.“

Das mag derselbe Edel zu sagen, welcher als einziger Unabhängiger selbst einmal ein Tatsächliches gegen die sozialdemokratischen Bürger der Revolution geschrieben hat. Aber heute wie auch damals erfüllt er dieselbe Mission, nämlich die, die jetzt mit Macht zur Einheitsfront drängenden SPD-Arbeiter bei der Stange zu halten und ihre Schwärzung in das Lager des Kommunismus zu verhindern. Deshalb auch der Versuch, die SPD in den Augen der SPD-Arbeiter herabzusetzen, wie es auch mit der oben zitierten Redewendung beabsichtigt ist.

Wenn aber schon davon die Rede ist, daß „die Geschäfte der Konterverrevolution befragt“ wurden, dann braucht wohl nur davon erinnert zu werden, daß es Edel war, der noch drei Tage vor der Revolution erklärt hat, den Kronprinzen als Reichsverwesler einzusetzen oder daß es Koste war, der in den Freiheitskämpfen jener schuldigen Terrorhorden schuld ist, die heute Tag um Tag mordetliche Heßzüge gegen die Arbeiterklasse unternehmen.

Und selbst heute noch, wo Hitler am Ruder ist, der am Tage seiner Ernennung zum Reichskanzler mit dem Reichspräsidenten-Schuldenbrief den „Eisernen Fötus“ die Parade der SA und des Stahlhelms abnahm (!), selbst unter diesem schuldigen Diktaturregime sitzen Sozialdemokraten in den Reichspräsidenten- und Jürgel und Schönfelder waren die ersten, die in vielen Tagen mit Demonstrationen gegen die neue Welle der Unterdrückung der Arbeiterklasse einsetzten.

Angesichts all solcher Tatsachen ist es nicht mehr gut möglich, davon abzulassen, daß die Sozialdemokratie es war, die die Geschäfte der Konterverrevolution befragte und die auch in dieser Stunde die schuldige Diktatur, der sie sich den Weg bereitet hat, ermöglicht.

Auch von den SPD-Arbeitern wird das in immer stärkerem Maße erkannt und im gleichen Maße wächst der Groll und die Empörung, aber auch das hitzige Verlangen nach der Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus. Gerade darum vollziehen die sozialdemokratischen Führer in diesen Tagen ein Manöver nach dem anderen, die alle der Täuschung der Arbeiterklasse der SPD dienen sollen.

So erklärte Edel zum Zwecke der Verwirrung der SPD-Arbeiter zum Beispiel auf dem offiziellen Parteitag der SPD unter anderem:

„Wände glauben, daß in dem Nachtkampf der letzten Jahre die sozialdemokratischen Führer verjagt

Der Mordterror in Eisleben

Schamlose Vögelhege des Freiheitskampf. Proleten! Jetzt ist es genug! Schließt euch zusammen im roten Massenelbtschuh! Verteidigt Leben und Eigentum der Arbeiterklasse!

Dresden, 14. Februar

Es gibt tatsächlich keine Worte, um all die schrecklichen Grausamkeiten zu schildern, die die braunen Banden am Sonntag in Eisleben verübten. 5 Tote, 30 Schwerverletzte liegen auf der Bohle und der „Freiheitskampf“ mag es, von einem Leberfall der Kommunisten zu reden! Dabei erlitten diese Banden aber selbst ihre eigenen Lügen.

„SA und Polizei kürten die kommunistische Geschicklichkeit“, heißt es in der Ueberschrift des „Freiheitskampf“. Sie geben also offen zu, daß die Raubbanden unter Haus führten und dort wie die Banditen alles vertrieben und vernichteten. Die Raubherrscher gehen sich nicht einmal, ihren Verleumdungen (1) gelassen, daß die Arbeiter mit Maschinengewehren (1) geschossen hätten. Dieser blöde Schwanz soll ihre schuldigen Klatschen rechtfertigen, mit denen sie sich auch noch brüsten. In dem Bericht des „Freiheitskampf“ wird mit bestellender Rohheit erklärt:

„Wieweil der roten Banditen die gebührende Strafe sofort erhalten haben, steht im Augenblick noch nicht fest.“

Am offiziellen Polizeibericht wird erklärt, daß bei den Arbeitern keine Waffen gefunden wurden:

„In der Kreisfelder Gasse trübten plötzlich Rufe aus der Menge, daß aus dem Grundstück Nr. 41 geschossen worden sei. Nationalsozialisten waren in das Grundstück eingedrungen, um nach den Werten zu suchen. Die den Zug begleitenden Polizeibeamten veranlaßten die Nationalsozialisten, das Haus wieder zu räumen, nachdem an Ort und Stelle festgestellt wurde, daß Waffen nicht vorhanden waren.“

Selbst der Polizeibericht muß also zugeben, daß bei diesem ersten Leberfall nicht aus dem demolierten Lokal geschossen worden war. Die Polizei versuchte, den Rauszug von der Anna-

nasse in die Graue Gasse zu leiten, damit der Zug nicht durch den Breiten Weg gehen sollte, wo sich das Parteibüro der Kommunistischen Partei befindet.

Die Nazis richteten sich aber nicht nach den politischen Weisungen, sondern drängten die Polizei an die Seite und marschierten durch den Breiten Weg. Mit dem Revolver offen in der Hand gingen die SA-Leute die niedrigen Häuserzeilen des Breiten Weg entlang und kommandierten: „Fenster zu!“ Welche dieser Aufforderung nicht sofort Folge geleistet, so schossen die SA-Leute sofort in die Fenster.

Die Wahrheit über Eisleben soll unterdrückt werden!

Aus Anlaß des Raubmordes auf das Gebäude der KPD in Eisleben, gab die kommunistische Reichsorganisationsleitung am Sonntag in Berlin ein Extrablatt heraus, in dem zu der neuen Bluttat Stellung genommen wird. Das Flugblatt wurde durchschlagend und sämtliche Verteiler, deren die Polizei beschuldigt werden konnte, verhaftet. Bis gegen Mitternacht waren über 60 Flugblattverteiler von der Polizei verhaftet worden.

In Eisleben herrscht bis in die Kreise des Kleinbürgertums hinein eine unbefriedigende Empörung über die Nazis. Geiern rufen auf der Straße Eislebener Nationalsozialisten ihre Parteigänger an, warfen sie zu Boden und riefen:

„Das kann ja kein anständiger Mensch mitmachen!“

In ganz Deutschland müssen diese Vorgänge die Arbeiter, die Werktätigen zur breitesten antifaschistischen Einheitsfront zusammenschweißen.

Proleten! Überall! Es ist genug! Schließt euch zusammen! Schließt euch durch eure Geschlossenheit, durch den Zusammenbruch zur kämpfenden Einheitsfront euer Leben und eure Freiheit!

Hitler nicht für die Zerreißung der Ketten von Versailles!

Unterredung Hitlers mit einem englischen Pressevertreter. Nur „Abänderung“ des Versailles Paktes Imperialistische Kolonialforderungen. Setze gegen den Kommunismus

Die Londoner Zeitung, Sunday Express, veröffentlicht den Wortlaut einer Unterredung, die ihr Reichsleiter, Oberst a. D. Eberhart, vor einigen Tagen in Berlin in Vertin hatte. Vertin war Mitglied und Anhänger der KPD, hört, was Hitler zum Versailles Vertrag zu sagen hatte:

„Eine Revision (1) des Friedensvertrages (1) muß von uns verlangt werden. . . Meine Haltung in jeder dieser Fragen wird verlässlich sein. . . Der springende Punkt ist, daß der Friedensvertrag ungerecht ist und daß wir ihn abändern (1) sehen wollen.“

Was sagt ihr nun dazu, wertvolle Mitglieder und Wähler der KPD? Hitler nennt den Raubvertrag von Versailles wiederholt und ausdrücklich — Friedensvertrag! Hitler spricht mit keinem Wort mehr von der Nullifizierung des Versailles Vertrages, sondern von „Revision“, von Ueberprüfung! Hitler hat seit Jahr und Tag erklärt, wenn die Nazis regieren, würden sie sofort den Versailles Vertrag zerreißern und jetzt, wo Hitler Kanzler ist, erzählt er genau wie alle Erfüllungspolitiker seit 1918, etwas von „Abänderung des Vertrages“!

Wie alle bisherigen kapitalistischen Regierungen, so treibt auch die Hitler-Hugenberg-Regierung kapitalistische Erfüllungspolitiker.

269,5 Millionen Ueberschuß in der Arbeitslosenversicherung

Der mit höherer Unterzählung, her mit der Winterhilfe!

Die neue Abrechnung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ergibt, daß in der Zeit von April 1932 bis Dezember 1932 ein Ueberschuß von 269,5 Millionen Mark gemacht wurde.

Hundert Millionen Ueberschuß und noch immer wird die Rentenverordnung vom 14. Juni aufrechterhalten!

Wir fordern Erhöhung der Unterzählungen, die Auszahlung der Winterhilfe und die Verjüngung der Arbeitslosen mit Brot, Kartoffeln und Kohlen!

In Lübeck marschiert die Einheitsfront

Der Lübecker Einheitsauschuh hatte zum 10. Februar zu einer zweiten Einheitsfrontkundgebung in den Ausstellungshallen aufgerufen. Der sozialdemokratische Lübecker Volksbote wandte sich gegen diese Kundgebung und veröffentlichte folgenden Aufruf:

„Ein sogenannter Einheitsauschuh ladet zu einer Kundgebung ein, die von einer Konferenz der Betriebe, Stempelstellen und Organisationen beschlossen sein soll und heute abend

haben, die Schlagkraft der Organisationen und die Massen, die uns im Kampfe mit unseren Führern zur Verfügung stehen, zu überprüfen.“

In Edel schwang sich sogar dazu auf, zu erklären: „Wenn ein solches Zügelrecht werden müssen, so steht doch die Tatsache fest, daß aus unserer demokratischen Organisation gewaltige Leistungen hervorgegangen sind.“

Das ist ein jetzt überall wiederkehrender Dreh, mit dem die sich „links“ gebärdenden SPD-Führer der Wut der Arbeitermitglieder der SPD über deren Führer Rechnung tragen, um sie in gleichen Abstände wieder mit der demokratischen Organisation der SPD auszuwählen oder besser gesagt, um sie mit radikalem Gehaltel bei der Stange zu halten.

Nach deutlicher zeigt sich das in der Stellungnahme der sozialdemokratischen Führer zur Frage der Einheitsfront, die ihnen gleichfalls für ein Raubverbot gerade noch gut genug ist.

Wir sind mit uns alle revolutionären Arbeiter werden aber auch dieses sozialdemokratische Manöver durchzusehen und mit dem sozialdemokratischen Arbeitern zur proletarischen Kampfeinheit, zur Einheitsfront der Tat gegen den Faschismus kommen!

in der Ausstellungshalle stattfinden. Wir erklären dazu, daß keine verantwortliche Stelle unserer Organisationen mit dieser Angelegenheit etwas zu tun hat und fordern unsere Mitglieder an, lediglich den von ihren Organisationen beschlossenen Kampfmaßnahmen und Kundgebungen zu folgen und alle organisationsfremden Aktionen geschlossen abzulehnen.

NSD, Ortsauschuh Lübeck, USA-Bund, Ortsrat Lübeck, Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale.“

Aber die Begeisterung der zweiten Einheitsfrontkundgebung übertraf noch die der ersten. Wiederum marschierten mit ihren kommunistischen Klassenpartnern die Arbeiter der SPD und des Reichsbanners auf. Noch härter waren die Betriebe verteidigt.

Ein sozialdemokratischer Arbeiter, der aus der Versammlung heraus mit einem dreifachen „Rot Front!“ begrüßt wurde, richtete über den Stand der Einheitsfrontbewegung. Als er erklärte, daß eine Delegation Lübecker Arbeiter beim sozialdemokratischen Senator Reichlein die Abhebung der schuldigen Ungehörlichkeiten und die Schließung der SA-Kaserne gefordert habe, erwiderte Reichlein:

„Auf die Bekanntgabe der NSD-Subotageerklärung am Sonntag die Tausende mit einem einstimmigen „Was!“ Der alte Gewerkschaftler Kipf, der 34 Jahre in der freien Gewerkschaft organisiert war, ermahnte zur Geschlossenheit und forderte auf, an dieser Geschlossenheit nicht rütteln zu lassen.“

Mit großem Beifall wurde der Vertreter der KPD, der General Kausch, empfangen, der vor den begeisterten Massen die Kampfbereitschaft der KPD gelobte. Mit neuem Kampfeifer erklärte verteilte die Massen die Kundgebung, um die Kampfe der Einheitsfront in Betrieb und Stempelstelle zu organisieren.

Inter

Die Aufklärung... durch die... Gegenüber... und verläßt... Abklärung der... alle Vorbereitungen... Der angestrebte... permissiv, der zur... den möglichen... zur Erhaltung... zu den... der Militärs... der deutschen Bourgeoisie.

Vor 15 Jahren Die

zum 15. Jah... fünfzehn Jahre... Deferte des... Soldaten- und... Staatsanleihen... „Alle Staatsan... zungen der... gewisse ausnahmen, w... wählten Regierungen... und Inflationen... richtig erklärt. Alle... ausnahmslos annull... Die gesamte Sch... nollig zugrunde gerie... larden Rubel und B... vermögten Aufstiebs... der Kriegszeit erzie... larden Rubel.

Nach St

Unter dem... dungen zufolge wur... Bewachung nach V... gericht gestellt we... Matrizen hat fl... während weitere dr... jessellen kann, ob i... Unter den W... rungslustbad im Z... geist, sondern lan... tionen statt, es de... Kaufmännig, daß... werden sollen, mu... hender des indonesi... Wände hindert.

Michael Tuchumandru

14. Fortsetzung... Opoffinst... einzuwenden. Doch... nehmen. Somit hat... er, Andrej Opoffin... sich nicht hätte zu... ning ihm doch sein... Darum beschloß... wischen und ihm e... end für den Post... Sollte jener seine... erster Solofium her... Arbeit haben. — Alles lorn... Schlußfolgerung f... das letztmal, daß... ihn um Hilfe bit... „Ich persönlich ab... Nicht Schwäch... war ein länger W... hmerer inßen mö... „Natürlich, da... malich beschäm... „Ich persönlich ab... die dem Vorwurf... Gerade kurz v... lassen und ihnen d... lo weiter in Bübli... Der V... Andrej. Wie gef... mit arbeiten hü... Er hatte sogar... Darauf hatte... dem Blatt, das... gebracht. — Wir Arbeiter...“ erkennen i...

eben
zusammen im
ne!

Internationaler Kampf gegen den Faschismus

Gemeinsame Erklärung der kommunistischen Parteien Polens, Frankreichs, Deutschlands

Die Auslösung der offenen faschistischen Diktatur in Deutschland durch die Machtübernahme der Regierung Hitler-Hugenberg verschärft in raschem Tempo die imperialistischen Gegensätze zwischen Deutschland auf der einen, Polen und Frankreich auf der anderen Seite. Die Bourgeoisie dieser Länder entschließt sich zu einer wilden chauvinistischen Hege, nützt sie zur Ablenkung der Massen vom Klassenkampf aus und steigert fieberhaft alle Vorbereitungen zum imperialistischen Kriege.

Schärfer als je zuvor bedroht ein neues imperialistisches Massenmorden die Völker Europas

In dieser Situation, angesichts der ersten Kriegsjahre, erklären die kommunistischen Parteien Polens, Frankreichs und Deutschlands ihre feste Entschlossenheit, das Banner des proletarischen Internationalismus um so fester der chauvinistischen Hege der Bourgeoisie entgegenzustellen, die brüderliche Solidarität des gemeinsamen internationalen Klassenkampfes der Arbeiter Deutschlands, Frankreichs und Polens und der übrigen Werktätigen dieser Länder zu erneuern und den Kampf gegen den Feind im eigenen Lande, gegen die herrschende Klasse aufs höchste zu steigern.

Die kommunistischen Parteien Polens, Frankreichs und Deutschlands rufen den Massen zu: Vahrt euch nicht von euren Feinden im eigenen Lande, von der Klasse eurer Ausbeuter und Unterdrücker durch militaristische Bestrebungen, Arbeitsmangel, Kältemangel, Wehrpflicht usw. vom Klassenkampf ablenken! Nicht der polnische Arbeiter und Bauer ist Feind der deutschen Werktätigen oder umgekehrt. Nicht der deutsche Proletariat ist der Feind des französischen Arbeiters oder Bauern.

Wir entfalten in Deutschland, Polen und Frankreich das Sturmbanner des proletarischen Internationalismus! Drei Länder — aber eine Fahne: die rote Fahne des kämpfenden Proletariats!

Vor 15 Jahren

Die Tributgefellen zerrissen!

Am 15. Jahrestag des Sowjet-Dekrets über die Annullierung der zaristischen Anleihen

Zwölf Jahre sind nun verstrichen seit der Herausgabe des Dekrets des Allrussischen Zentralerekutivkomitees des Arbeiter-, Soldaten- und Bauern-Deputiertenrates über die Annullierung der Staatsanleihen.

Schon früher hatte ein Dekret der Sowjetregierung alle Bodenbesitzer Rußlands und alle großen Industrieunternehmen auf russischem Boden, darunter auch die im Besitz des ausländischen Kapitals befindlichen Unternehmen, als nationalisiert erklärt.

Nach dem Blutbad Standgericht!

Amsterdam, 11. Februar. Hier eingetroffenen Meldungen zufolge wurden die gelangenen Meuterei unter schwerer Bewachung nach Batavia überführt, wo sie vor ein Standgericht gestellt werden sollen.

Antifaschistische Riesen-demonstration in Wien

Wien, 11. Februar. Heute nachmittag fand ein riesiger antifaschistischer Kundmarsch auf der Ringstraße statt. Dieser Kundmarsch war eine Gegenkundgebung gegen die faschistischen Propagandaaktionen anlässlich der Ernennung der Hitler-Regierung.

Wir entfalten in Deutschland, Polen und Frankreich das Sturmbanner des proletarischen Internationalismus!

Die kommunistischen Parteien Frankreichs, Deutschlands und Polens rufen den Massen zu: Vahrt euch nicht von euren Feinden im eigenen Lande, von der Klasse eurer Ausbeuter und Unterdrücker durch militaristische Bestrebungen, Arbeitsmangel, Kältemangel, Wehrpflicht usw. vom Klassenkampf ablenken!

Rumänische Diktatur-Regierung verbietet alle Klassenorganisationen der Arbeiter

Bukarest, 11. Februar. Der kommandierende General des 11. Armeekorps und der Befehlshaber des Belagerungsartilleriebataillons, die Befehlshaber von Bukarest hat mit sofortiger Wirkung sämtliche revolutionäre Gewerkschaften, alle Antifaschistenorganisationen, revolutionäre Studentenverbände und sonstige proletarische Massenorganisationen verboten.

Michael Tuchmandrin Roman aus dem Russischen

Der weiße Stein

14. Fortsetzung.
Opotshinski fiel es schwer, gegen diesen einzigen Ausweg etwas einzumwenden. Doch zog er es vor, den Vorschlag schweigend anzunehmen. Spät hätte es, wie er meinte, den Anschein gehabt, daß er, Andrej Sotnikow, ohne den Willen des jungen Chausseurs sich nicht hätte zu helfen gewagt.

Man für Abtransport, der durch die unzureichende Disziplin und Überbelastung unseres Betriebsmaterials bedingt war. Wir hatten es daher für notwendig, einen Subbotnik zu organisieren mit unbeschränkter Arbeitszeit, um diese schmachvolle Betriebsliquidieren.

Die Freunde zwängten sich mit Mühe und Not in das Zimmer und blieben in der Nähe der Tür stehen.
„Stimmen...“ begann Salow laut, ohne darauf zu achten, daß die Versammlung bereits eröffnet war.

SLUB
Wir führen Wissen.

Krieg ein Geschäft für wen?

Was man aus einem Artikel der bürgerlichen Presse alles erfahren kann, zeigt nachfolgendes Zitat aus einem Artikel des Dresdner Anzeigers. Dort war in der Nummer 25 vom 23. Januar, Seite 16, ein Artikel mit der Überschrift: „Warum verbrennen französische Schiffe?“ von einem Max Fischer abgedruckt, in dem es heißt:

„Es haben sich in den Jahren 1914 bis 1918 recht viele Deutsche längere Zeit in Frankreich aufgehalten, darunter natürlich auch viele Elektrotechniker, zu denen ich mich auch rechne. Wir haben uns immer und immer wieder gewundert, wie Heberlich, schludrig und rüchlich die elektrischen Einrichtungen vom Lichtschalter bis zum Fernsprecher, also sowohl auf dem Gebiete des Stadtstromes als auch auf dem des Schmalstromes in allen den Beständen Frankreichs waren, die

wie damals zur Förderung der Kaufkraft von Eisen und Stahl bereiften.“

Dieles Herr Fischer, der, wie es scheint, sehr gut verstanden hat, den Krieg zu überdauern, plaudert hier einmal aus der Schule. Um zu zeigen, wie schlecht französische Arbeit ist, verplappert er sich und zeigt ungenau, daß der Krieg nur ein Geschäft für die Schwerindustrie aller Länder ist.

Man bedenke, während die gesamte bürgerliche Presse einschließlich der SPD-Fresse zum Durchhalten aufforderte, während zur Zeichnung von Kriegsanleihe ermuntert wurde, verkaufte die Schwerindustrie Eisen und Eisen an den Erbfeind, mit denen in Frankreich Granaten gedrückt wurden, um deutsche Soldaten ins Jenseits zu befördern.

Da gerade jetzt wieder verflucht wird, das Märchen von der Erhaltung der Front durch den Marxismus aufzuwärmen, sind solche Eingeklämmerte guter Patrioten besonders beachtlich. Wer!

istige, denkt daran! Kampf gegen die imperialistische Kriegsgeloge und Reichswort!

Nazis als Einbrecher

(Arbeiterkorrespondenz)

In der vergangenen Woche brachen im Stadtteil D 2 einige Nazis auf dem Sportplatz des NSD-Parti (S. 2, 3) ein. Unter anderem zerlegten sie eine 13 Meter lange Rahmenkammer, an welcher die rote Fahne zur Trauer über die Toten im Reichheim auf Halbholz hing. Später bemerkten Einmohner, daß drei inzwischen namentlich festgestellte Nazis die in drei Teil zerlegte Rahmenkammer, die sie in der Einbrecherkammer mit dem Sportplatz in eine Erdvertiefung gelegt hatten, in die Brotfabrik, Vöndler Landstraße 6, schafften. Die zerlegte Rahmenkammer wurde später von einigen Sportlern und der Polizei in der Fabrik gefunden.

1 + 1/2 = 2

Nur bei uns!

In allen Abteilungen unbeschränkte Mengenabgabe!

Deshalb nur zu uns!

Nur wenige Markenartikel sind ausgeschlossen!

Achtung! Wir weisen darauf hin, daß die Frist zur Abholung der Gewinne unserer **Weihnachts-Werbelotterie** am 15. Februar 1933 abläuft. Ein Teil der Gewinne sind noch nicht abgeholt. Wir verlängern hiermit die Frist zur Abholung bis 15. März 1933. Bis zu diesem Tage nicht abgeholt Gewinne verfallen und werden der Winterhilfe überwiesen.

SAXONIA

Wollwarenhäuser Falk & Posener

Wilsdruffer Str. 25/27 · Wilsdruffer Str. 18 · Kesselsdorfer Str. 9 · Hechtstraße 14

Amiliche Bekanntmachungen

Gemeinde Kirchau
 Öffentliche Gemeindevorstandssitzung, Mittwoch, den 15. Februar 1933, abends 9 Uhr, im Gemeindeamt, Sitzungssaal. Tagesordnung hängt im Gemeindeamt aus.
 Kirchau, am 13. Februar 1933. Seifert, Vorsteher.

RUNDFUNK

Mittwoch, den 15. Februar
 Deutschlandsender, 6.15 Gymnastik, Wetter, Konzert, 11.30 Vortrag für Landwirte, 12.00 Wetter, Ansicht, Schallplatten, 14.00, 16.30 Konzert, 18.00 Hauskonzert, 19.00 Französisch, 20.00 Konzert, 21.15 Alte Italienische Streichmusik, 22.15 Wetter, Presse, Sport, 22.45 Seewetterbericht, 23.00 Tanzmusik.
 Mitteldeutscher Rundfunk, 6.15 Gymnastik, Frühkonzert, 12.00 Konzert, 16.00 für die Jugend, 18.35 Italienisch, 19.00 Hausmusik, 20.30 Nicht ohne Komit, 21.30 Aus dem italienischen Liebesbuch, 22.05 Nachrichten, 22.30-24.00 Abendunterhaltung.
 Donnerstag, den 16. Februar
 Deutschlandsender, 6.15 Gymnastik, Wetter, Konzert, 12.00 Wetter, Ansicht, Schallplatten, 14.00, 16.30 Konzert, 17.30 Hauskonzert, 18.30 Collegium Musicum, 19.35 Stunde des Landwirts, 19.55 Friedrich Hölder, 20.40 Unterhaltungsmusik, 21.00 „Academia“, 22.00 Wetter, Presse, Sport, 22.45 Seewetterbericht, 23.00-24.00 Tanzmusik.
 Mitteldeutscher Rundfunk, 6.15 Gymnastik, Frühkonzert, 12.00 Frühschau (Schallplatten), 13.15 Volkslieder (Schallplatten), 14.00 Konzert, 18.00 Die Hefen der Ruhelieder, 18.30 Spanisch, 19.30 Unterhaltungsmusik, 21.00 Nachrichten, 21.30 „Der Schwarzküster“, 22.00 Spiel, 22.10 Nachrichten, Ansicht, bis 24.00 Tanzmusik.
 Postau, Romintern: Wochenrundschau und Briefkasten (deutsch).

Fell verberber
 - Färberei
 Kesselsdorfer Str. 21

Familien-
 drucksachen
 Briefumschläge
 Briefbogen
 Rechnungen
 Mitteilungen
 Geschäfts- und
 Besuchskarten

Neudrag
 Güterbahnstr. 2

Kräftige Hausmannskost!

- Linzen mit Würstchen — Bohnen mit Speck
- Brühwürstchen 3 Paar 30
- Hamburger Schrader-Würstchen in Dosen, 5 Paar 90, 3 Paar 60
- Mittel-Linzen, gut kochend 2 Pfund 48
- Heller-Linzen, gut kochend 2 Pfund 60
- RückenSpeck, geräuchert, beide Seiten 1/2 Pfund 47
- Weißer Bohnen, verlesen 1 Pfund 16

und 6% in bar am Jahresende

GÖRLITZER

F		Der Weg zum Kunden		F	
Bautzen 31 004 Lederwaren u. Sportartikel T. Albert, Landorferbad 10 Cunewalde Berufsausbildung aller Art Maschinenfertigung W. Pfäfer 31 560 Ernst Bläschke Kolonial- und Gemischtwaren 31 130 Obersdorf Koller-Zaal 31 012 100 Stk für Versandhäuser aller Art bestens empfohlen — Ruf 2457 Paul Czik Fahrradzubehöre Fahrrad-Reparatur Hauptstraße 191 31 413 Stroh- und Strohhüte Gehlen-Wilke 31 413 Drogerie Obersdorf Saffa — Farben — Wäsche Lebensmittel — Obst-Wein am Markt 31 414 Waltersdorf Max Zimmermann Bäcker — Nr. 136 31 013 Oswald Helmmann Kolonialwaren — Pelzwaren Nr. 136 31 013 Wilhelm Pätz Nr. 33 Hühner u. 131 014 Wollwaren	Neugersdorf Hilde Heiß und Wollwaren Markt Eckern, Wollstraße 24 31 064 Wollerei 30 922 Neugersdorfer Wollspinnerei Die neuesten Laufmolen West- und Reichsbäder 30 914 Max Lehmann, Zittauer Straße West- und Reichsbäder 30 903 West- und Reichsbäder 30 Erbsenmittel Hühner, Gänsefleisch Jolly Demuth Seiferei 30 955 West- und Reichsbäder Hermann Heide Ostweg 7 30 920 Hühner, Gänse, Eier, Käse Wollwaren-Lager Camilla Schlicht Schiller, 21 30 921 Max Döhner Bäcker Am Markt 30 917 Neugersdorf-Philipsdorf „Deutsches Haus“ Wellblechtes Arbeiterwohnheim bei Zumburg 31 043 Pethau Eduard Jaurig Bäcker Hauptstraße 28 31 017 August Müller Kolonialwaren Hauptstraße 28 31 018 Walter Jäger 31 019 Kell. „Der Zumburger“ in Hühner	Zittau Besuche die Schauburg-Lichtspiele Vorführung der neuesten Tonfilmschlager 31 007 Arno Knüpler Niedertage Thams & Garts Hamburger Kattelager Innere Webersstr. 33 — Reichenberger Str. 46 31 310 Trajan, Herber, Photo-Appar Max Hanemann Neueste Wollschere 29. — Ruf 3127 Hühner, Gänse, Eier 31 304 H. Heiß und Wollwaren Reichenberger Straße 35 31 308 Hilde Heiß und Wollwaren Hühnerfleisch Otto Heide, Hühnerfleisch 30 911 31 316 Speisehaus Fadenpeter und Wiener Café Täglich Rundfunk von 10 bis 12 Uhr u. von 20 bis 1 Uhr 31 306 Dampfalkerei Zittau empfiehlt ihre Erzeugnisse 31 303 Diana-Saal Pethau Ausschank der beliebten Jentsch-Biere 31 323 Friedersdorf Kolonial- und Lebensmittel H. Leubner Nr. 65 31 296 Kolonialwaren Tessen 31 293 Georg König 31 297 Leutersdorf Lebensmittel nur im Vöndlerer Keller-Lager Seiferei, Pelzwaren 31 047 West- u. Reichsbäder 30 918 Arthur Heide 30 918 Bernstadt West- und Reichsbäder Rudolf Heide, Reichenberger Str. 40 empfiehlt sich bestens 31 167 „Mittl. Haus“ Kolonial- und Lebensmittel Hühnerfleisch 31 167 Kolonialwaren Hühner Hühnerfleisch Markt 7 31 159 Neusalza-Spremberg Kesselsdorfer Wollwaren, 30 900 21. Meißner Straße, A. Heide 31 159	Hörnitz Richard Müller H. Heiß und Wollwaren 31 008 Hühner, Gänse, Eier — Nr. 190 F. Knobloch Nr. 24 31 010 Kolonialwaren Gustav Kluge Bäcker Nr. 172 31 011 Seiffenhensdorf Lebensmittel, und Hühnerfleisch Oswald Heide, Hauptstraße 30 915 Lebensmittel — Tafelwaren Karl Richard Heide 30 915 Sob- und Kolonialwaren Kolonialwaren — Süßwaren Edwin Heide, Hauptstraße 27 30 917 Martha Heide, Hauptstr. 21 30 914 Kolonialwaren Heinrich Heide Nr. der Straße 18 30 913 Kolonialwaren Hühnerfleisch Hühnerfleisch Markt 2 30 916 Großschonau August Heide Hühnerfleisch und Fleischwaren Hauptstraße 31 015 „Lagerhaus“ 31 018	Eibau Joh. Heide 31 298 Trajan — Farben — Wäsche 31 299 Hauptstraße 207 Hauptstraße 207 31 297 Hühnerfleisch Hühnerfleisch Hauptstraße 207 31 297 Hühnerfleisch Hauptstraße 207 31 297 Reichenau Hauptstr., mit 100 Stk für Versand 31 298 Hühner, Gänse, Eier, Obst Hühner, Gänse, Eier, Obst Nr. 18 31 298 Ebersbach West- und Reichsbäder 30 900 H. Heide, Hauptstraße 21 30 901 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 902 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 903 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 904 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 905 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 906 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 907 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 908 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 909 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 910 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 911 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 912 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 913 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 914 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 915 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 916 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 917 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 918 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 919 Hühner, Gänse, Eier, Obst 30 920	

Die kommune

Die 31-Stadtver-
 der Stadt 2

Heilern land die
 und mit den
 in „Sozialpolitik“ ge-
 angetragen, daß die
 mit einer Handwe-
 pro forma a
 soziale Wäntelchen
 Schatz und konfekt
 erhaltungsrecht die
 lungen, sondern mit u
 einziger Erwerbslole
 ins „dritte Reich“,
 23 Uhr von der Reich
 Manöver auf das he
 auf der Tagesordnu
 Dresden, auf g
 wollen! Das letzte

Die Sitzung wir
 lichteitstranges dur
 Berlempung der 1

Es folgen die 2
 Als erster Antea
 „Kollegium w
 1. beim Reichstag
 ordnung des Re
 dung inländisch
 mittel vom 23.
 und die Aufhebe
 2. den Rat zu er
 neten anzuschle

Der Antrag wur
 lichen ist aber die da
 erhöhten Zollmagn
 te Aktualität. Gen
 mlerer Partei.

Erst heute löst
 Behandlung komme
 agrarier Wiedergeh
 von tierischen Fetten
 leregierung hat den
 gen nach weientlich
 der sich auf das Ar
 ist eine der ungehe
 Bevölkerung überha
 Arbeiter eine kräftig
 haupt nicht mehr zu

Über nicht nur
 verlangt „Erlichter
 der Halbjahresregie
 ausstellung bereits e
 getätigt machen u
 lutionären Organi
 betrieblenden Klasse
 Spitze. Wo bleibt d
 ist das Arbeitsbed
 hauern? Kein Wort
 merken nicht die T
 gram zu warten, das
 den 20 ten Woll
 ihre von der Bouz
 herrschende Klasse
 wird in allen Teile
 lation einlegen! D
 darf genug, um meh
 möglichen. Diele
 und Industriearbe

Der Antrag wir
 abgelehnt. Weiter
 hat man begr
 „Kollegium
 Dresdner Strah
 lofen-Strassenbah
 tigkeit haben.“

Es ist eine Teil
 der Halbjahres der
 fahren. In vielen
 näher. Hingun komm
 lich ein Paar Schu
 lem Zustand, die E
 behandeln, muß end

Der Antrag wi
 werkslofenfabrieh
 kommen.

Die Kommuni

Als nächster V
 tion, die Genossin
 „Kollegium n
 rechnungsrätlich
 Stadt insofern zu
 a) bei Krankenge
 mindestens 5
 b) für Hausmann
 gelegt wird,
 c) für Unterwer
 ent erhöht wird

Die Grippe
 einer allgemeinen
 ten mildernden Lo
 wird. Die Erfant
 überhand genom

Die Betrüger der Dresdner Werttätigen

Die SA-Stadtverordneten ohne Maske. Sie vernichten ihre eigenen Anträge. Hitler-Böcke am Pranger. Keine Hilfe für die Gebrechlichen und Blinden der Stadt Dresden. Keine Kohlen für die Erwerbslosen. Verdoppelt die revolutionären Kräfte. Lenins Partei weist euch die Marschrichtung

Gestern fand die dritte Sitzung des Dresdner Stadtverordnetenkollegiums statt. Mit derselben reaktionären Einheitssinn und mit denselben reaktionären Maßnahmen des Dresdner Rates und des tschechischen Stadtverordnetenvorstandes wird in „Sozialpolitik“ gemacht. Die Kohlen tragen die Hungernden Dresdens. Von unseren Genossen wurde besonders die Tatsache angeprangert, daß die Nationalsozialisten alle ihre eigenen Anträge aus der vergangenen Periode des Kollegiums mit einer Handbewegung einfach liquidieren. Dabei handelt es sich in den allermeisten Fällen um Anträge, die — wenigstens pro forma — als Hilfe für die Werttätigen und Mittelständler gedacht waren. Aber jetzt registriert ihr Oberstall Hitler, das soziale Mäntelchen fällt und die brutale tschechische Frage zeigt sich auch den Dresdner Werttätigen offen und unerküßt. Schwarz und konfessio sagt die kommunistische Stadtverordnetenfraktion den Hitlerischen, Hugenbergischen und Kapenschen Zollrückzahlungsforderungen die Meinung aller revolutionären Arbeiter. Nicht mit Arbeit und Brot, wie sie es erst den Massen vorlegen, sondern mit neuen Zöll- und Steuerlasten, mit Kundstund- und Automobilausstellungseröffnungsreden — von denen kein einziger Erwerbsloser satt wird —, mit Arbeitsdienstpflicht und Militarisierung der Jugend, so stark diese braunen Knechte ins dritte Reich“. Das Kollektiv leistete sich diese reaktionäre Meute am Schluß der Sitzung. Wie gewöhnlich wurde gegen 11 Uhr von der Rechten Schluß der Sitzung beantragt. Unsere Genossen widersprachen diesem in jeder Sitzung wiederholten Manöver auf das heftigste. Es fand noch eine ganze Reihe kommunistischer Anträge, die den Vermitteln der Armen helfen sollten, auf der Tagesordnung. Die rechte Einheitssinn verhinderte auch diesmal die Abstimmung darüber. Arbeiter Dresdens, aufgepaßt! So entlarven sich die Betrüger an euren Interessen, die vor jeder Wahl eure Stimmen fiebern wollen! Das letzte Wort spricht ihr in den Betrieben, auf den Stempelstellen und in den Häuserblöcken!

Die Sitzung wird eröffnet mit der Ablehnung eines Dringlichkeitsantrages durch die Rechten, der sich mit der Frage der Verpflanzung der Döhlitz-Weiler befaßt.

Es folgen die Wahlen zu den Ausschüssen.

Als erster Antragspunkt steht folgende Forderung der KPD: „Kollektiv wolle beschließen,

- 1. beim Reichstag und bei der Reichsregierung gegen die Verordnung des Reichspräsidenten zur Förderung der Verwendung inländischer tierischer Felle und inländischer Futtermittel vom 23. Dezember 1932 dringlichste Protest einzulegen und die Aufhebung dieser Verordnung zu verlangen,
2. den Rat zu ersuchen, sich dem Vorgehen der Stadtverordneten anzuschließen.“

Der Antrag wurde bereits am 13. Januar gestellt. Inzwischen ist aber die damalige Schleicher-Verordnung durch die erhöhten Zollmaßnahmen der Hitlerregierung wieder von größter Aktualität. Genosse Schneider begründet diesen Antrag unserer Partei.

KPD gegen Döhlitzskandal

Erst heute löst der tschechische Vorsitzende den Antrag zur Behandlung kommen. Schleicher schenkte damals den Großgrundbesitzern Viehbesitz, indem er die Margarine durch Zulassung tierischer Fettsäuren ungemein verteuerte. Aber die heutige Hitlerregierung hat den Stoß auf den Wagen der Werttätigen noch wesentlich verstärkt. Der neue Zollrückzahlungsplan verfährt sich auf das Fleisch, auf Schmalz und auf Speck ein. Er ist eine der ungeschicktesten Maßnahmen gegen die arbeitende Bevölkerung überhaupt. Er bedeutet nicht weniger, als daß die Arbeiter eine fröhliche Nahrung von Fleisch, Butter usw. überhaupt nicht mehr zu leben bekommen.

Aber nicht nur die Großgrundbesitzer, auch das Industriekapital verlangt „Erschöpfung“ (sprich: Milliardensubventionen) von der Reichsregierung. Und Hitler hat ja auf der Automobilausstellung bereits erklärt, daß es auch dem Industriekapital Jagd nach Millionen machen wird. Zerstückung der Tarife und der reaktionären Organisation der Arbeiterklasse, das ist das Ziel der herrschenden Klasse mit dem „Arbeiterführer“ Hitler an der Spitze. Wo bleibt die Annullierung der Auslandsschulden? Wo ist das Arbeitsbeschaffungsprogramm? Wer hilft den Kleinbauern? Kein Wort hört man davon. Aber die Erwerbslosen werden nicht vier Jahre lang auf das tschechische Arbeitsprogramm warten, das nach braunem Arbeitsdienst riecht. Durch den roten Wälzstein der KPD und verteidigen sie ihre von der Bourgeoisie bedrohte kommunistische Partei. Die herrschende Klasse kann uns zwar verbieten, aber um so härter wird in allen Teilen der Werttätigen unsere revolutionäre Agitation einleiten! Der Wille und die Kraft der Arbeiterklasse ist ganz genug, um mehr als ein tschechisches Arbeitsprogramm hinwegzufegen. Diese bittere Erfahrung werden die Krankhaften und Industriearbeiter noch einmal machen müssen.

Der Antrag wird durch die Mehrheit der reaktionären Front abgelehnt. Weiterer folgender Antrag wird von der Genossin Hartmann begründet:

„Kollektiv wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Dresdner Straßenbahn-AG zu veranlassen, daß die Erwerbslosen-Erwerbslosenfahrscheine auch auf den Automobilsitzen Gültigkeit haben.“

Es ist eine Tatsache, daß die Erwerbslosen oft recht weit nach der Haltestelle der Straßenbahn laufen müssen, um Kumpeln zu fahren. In vielen Fällen ist eine Automobilsitzstelle bedeutend näher. Hinzukommt noch, daß das Fahrlosgeld nur halbjährlich ein Paar Schillingen für Erwerbslose bewilligt. Mit diesem Zustand, die Erwerbslosen als Menschen zweiter Klasse zu behandeln, muß endlich Schluß gemacht werden!

Der Antrag wird mit einem Ja, das bezeugt, daß die Erwerbslosenfahrscheine auch abends noch Gültigkeit haben, angenommen.

Die Kommunisten für ausreichende Unterstützung der Hungernden

Als nächster Punkt folgt ebenfalls ein Antrag unserer Fraktion, die Genossin Gansauge spricht dazu:

„Kollektiv wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, die Anrechnungsrichtlinien des Bezirksfürsorgeverbandes Dresden-Stadt insofern zu ändern, als

- a) bei Krankengeldbezug sowie Wohnungsgeld wöchentlich wieder mindestens 5 Mark als Freigrenze eingeleitet werden,
b) für Hausmannsarbeiten eine Freigrenze von 10 Mark eingeleitet wird,
c) für Unterermietung der freibleibende Betrag um 50 Prozent erhöht wird.“

Die Grippeepidemie ist nicht zuletzt der Ausdruck einer allgemeinen Unterernährung der Vermitteln der Armen, deren widerstandsfähiger Körper zuerst von der Krankheit gepackt wird. Die Gefraunungen haben in erschreckender Weise überhand genommen. Und unsere diesbezügliche kurze Anfrage

in der letzten Sitzung wurde vom Dresdner Rat vollkommen ungenügend und falsch beantwortet. Die Kranke n h a j e r sind in den meisten Fällen zum größten Teil mit Grippekranken belegt. Dabei muß man noch in Betracht ziehen, daß beispielsweise die Erwerbslosen erst dann in ein Krankenhaus gebracht werden, wenn schon beinahe akute Lebensgefahr für sie vorhanden ist. Das liegt so im Profil- und Spargeist der herrschenden Klasse. Denn wer von den schon jahrelang Wohlstandserwerbenden kann denn die 50 Pfennig für einen Krankenbesuch und das Geld für die Medikamente aufbringen? Das kann keiner. Und deshalb kann die Krankheit nicht einmal in vollem Umfange registriert werden. In einer solchen Situation mag es die Krankenkasse, das Krankengeld der Kranken einfach auf die Unterstützung anzurechnen. Also nicht etwa eine finanzielle Erleichterung für die Kranken, sondern ein gemeiner Raub an ihrer Unterstützung!

Da passieren zum Beispiel folgende Sachen: Eine Witwe erhält von der Betriebskrankenkasse Seidel & Naumann ein wöchentliches Krankengeld von 13,50 Mark. Das Fürsorgeamt der Stadt Dresden erfährt davon und entzieht der Frau einfach die wöchentliche Fürsorgeunterstützung von 5 Mark.

Ein anderer Fall: Ein altes 70-jähriges Ehepaar, das 37,70 Mark monatliche Rente erhält, muß 27 Mark Mietzins bezahlen. Um leben zu können, verrichten die alten Leute noch die für sie überaus schwere Hausmannsarbeit. Was macht das Fürsorgeamt? Es rechnet den alten Leuten den Betrag bei der Unterstützung einfach mit an. Und dabei lehnt man noch jedes Gesuch der alten Leute um Winterhilfe oder Kohlenkarten rundweg ab. So wird in Dresden Sozialpolitik gemacht!

Der Antrag, dem solches unantastbares Material zugrunde liegt, wird durch die Dresdner Reaktionen — gegen die Stimmen der KPD — verschleppt und dem Finanzausschuß überwiesen.

Nazis gegen ihre eigenen Anträge

Des weitern geht Genosse Schneider zu dem Verhalten der Nationalsozialisten, die ihre eigenen früheren Anträge in der Versenkung verschwinden lassen. So sind Anträge darunter, die in der Frage der Mietinsparier für Hausbesitzer Stellung nehmen. Andere wieder beschäftigen sich mit der Feuerlöscher und dem Wasserzins. Einer dieser Anträge wendet sich sogar gegen die Ermittlungen im Familienheim Mitspielen. Alle diese Anträge verschwinden jetzt, wo es gilt, vor den Wählern Rede zu bekommen. Das soziale Mäntelchen dieser braunen Kapitalknechte fällt und alle ihre früheren Forderungen für den Mittelstand aus, werden gegenstandslos.

In einem Antrag ersuchen die Sozialdemokraten, daß endlich zur Arbeitsbeschaffung geschritten werde. Genosse G r u n e r legt

Das „Notwert der deutschen Jugend“ ohne Maske

Militärische Erziehung. Bewaffnete Nazis genießen den Schutz des Pfarrers. Eine ganze Kameradschaft löst sich auf. 9 Jungarbeiter antworten mit dem Austritt aus der Kirche

Im Rahmen des „Notwertes der deutschen Jugend“ ist vom Pfarrer der Martin-Luther-Kirche eine sogenannte „Kameradschaft“ zusammengestellt worden, die aus erwerbslosen Jungarbeitern besteht. Der Leiter der Kameradschaft, ein Herr von Lüder, anscheinend verarmter Adliger, stützte die Erwerbslosen zur Unterhaltung mit allerlei Kriegsgeschichten und veruchte auch sonst den Jungarbeitern bei jeder Gelegenheit militärischen Drill beizubringen, was auf starke Ablehnung der Jungarbeiter stieß. Nun befanden sich in der Kameradschaft auch drei Nazijünglinge, die sich durch besondere Streitsucht hervortaten. Einer dieser Jünglinge geteil nun mit einem Jungarbeiter, dem er Geld schuldete und nicht zurückzahlen wollte, in Streit, der durch das brutale Auftreten des Nazijünglings zur Schlägerei ausartete.

Bei einem Fußballspiel auf dem Waldplatz sah derselbe Nazi den Fußball so, daß er einen Jungarbeiter traf. Zur Rede gestellt, zog er einen lässlichen, in einem Etui befindlichen Gegenstand, anscheinend einen Dolch, hervor. Die Erregung der Jungarbeiter wog immer mehr, zumal ein Jungarbeiter bei einem Nazi in der hinteren Holentafel den Abdruck eines Revolvers bemerkte.

Die Jungarbeiter forderten vom Pfarrer Trostschütz die Entfernung der drei Nazis aus der Kameradschaft. Nach Rücksprache mit den Nazis lehnte aber der Pfarrer die Forderung der Jungarbeiter ab. Dieses öffentliche Zusammenstoß des Pfarrers mit den Nazis veranlaßte sämtliche Jungarbeiter geschlossen aus der Kameradschaft auszutreten. Sie ließen kurz entschlossen den Pfarrer und Herrn von Lüder mit den drei Nazis unter sich.

Darüber hinaus beschloßen von 11 Jungarbeitern 9 Mann sofort aus der Kirche auszutreten.

sch in längeren Ausführungen mit dieser sozialdemokratischen Illusion auseinander. Unser Kampf geht immer noch gegen die tschechische Diktatur, für die Hebung der Lebenssituation aller Werttätigen, für die Forderung aller nach Arbeit und Brot.

Nazi M i t t e r, der innerhalb seiner Fraktion schwer an die Wand gedrückt wurde, steht selbstverständlich als Helfmittel den Arbeitern an.

In einem scharfen Protest durch den Genossen K e u h o l kommt es, als die reaktionäre Einheitsfront dazu übergeht, auf

Unsere erschossenen Kameraden!

In Berlin wurde der Führer des Nordsturms 33, W i a t s o w s k i auf Staatskosten unter Teilnahme der Reichsregierung beigelegt. Bei den im Regierheim erschossenen Arbeitern sah die Teilnahme des Staates anders aus.

Kein Staatsbegräbnis wird Euch zubereitet, kein Dom, der Euch zu Ehren läutet, kein „seiner Leuten“ ist niemand zugeweiht um einen Kranz auf Euren Sarg zu legen und dabei Feiertage aufzulagen (Die Rede wird im Kundstund übertragen), kein Gehrtorf kriecht für Euch aus seinem Schrank und kein Zolinder grüßt Euch, blüh und blanz, Die Polizei stellt Euch nicht Ehrenposten, Der Staat begräbt Euch nicht auf seine Kosten.

Wir feiern ein Begräbnis anderer Art: In unieren Herzen seid Ihr aufgebahrt, In unieren Herzen werdet Ihr begraben, Ihr sollt für immer Platz darinnen haben, Ihr hämmeret denken ohne Unterlah, In unieren Herzen macht Ihr hart den Haß, So kommt der Tag, da stellen wir E die Posten Da werden wir, Ihr Herrn auf E ure Kohlen In großem Zug — vorsichtig will ich sagen — Die alte Welt zu Grabe tragen.

Johannes K. Becker.

Grund eines sich in jeder Sitzung wiederholenden widerlichen Wanders, die Sitzung als beendet zu erklären.

Es steht noch eine Reihe von Anträgen der kommunistischen Fraktion, die erst einmal der notleidenden proletarischen Jugend helfen sollen, die weiter die Erhöhung des Bedarfsjahres für Gebrechliche und Blinde verlangen, die dann noch für die Vermitteln der Armen Kohlen fordern. Nichts von alledem, die reaktionäre Meute lehnt die Behandlung dieser Anträge ab.

In, die Anträge, die sofortige Hilfe für die Gebrechlichen und Blinden der Stadt Dresden verlangen und die darüber hinaus den Erwerbslosen Kohlen geben sollten, werden von dieser selben braunen Einheitsfront dem Finanz- (heißt Verschleppungs-) Ausschuss überwiesen. Die KPD-Fraktion beantwortet diese provokatorische Maßnahme gegen die Hungernden Dresdens mit lauten Hui-Rufen.

Arbeiter, legt es allen Wählern! So werden von diesen Finanzknechten eure Interessen verraten und verschachtet!

Stabilisierung in breiter roter Einheitsfront zum Kampf um eure nackte Existenz, das ist das zwingende Gebot der Stunde!

Organisiert die Einsichtnahme!

Es ist durchaus nicht gleichgültig, ob du in der Wählerliste steht oder nicht?

Wer nicht in der Liste steht,

kann nicht wählen, kann also seine Kampfbereitschaft nicht zum Ausdruck bringen.

Aber nicht nur du,

auch die anderen Klassenbewußten Arbeiter müssen die Listen einsehen.

Deshalb alles darangelegt. Die Wählerlisten liegen vom 18. bis 26. Februar im Gemeindevamt aus.

Organisiert Einsichtnahme in die Wählerlisten!

Chlorodont

— die Qualitäts-Zahnpaste —

Zur Herstellung der herrlich erfrischend schmeckenden Chlorodont-Zahnpaste werden nur die anerkannt besten Rohstoffe verarbeitet. Chlorodont, morgens und vor allem abends benutzt: **beseitigt häßlichen Zahnbelag und üblen Mundgeruch** ist sparsam im Verbrauch und daher preiswert.

Geschafft überall Einheitsausflüsse!

Bildet die praktische Einheitsfront im täglichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind

Selbst war der Wille des Proletariats nach der Einheit der Arbeiterklasse so stark, wie in diesem Augenblick, da die faschistische Diktatur unerbittlich den vernichtenden Schlag gegen die Arbeiterklasse, ihre Partei und ihre sonstigen Organisationen plant, da das Unternehmertum im Schutze der faschistischen Diktatur zu einer neuen querschnitts Offensiv gegen die Arbeitshaltung des arbeitenden Volkes ausholt, da der braune Terror wahllos Arbeiter und Arbeiterfunktionäre hinmordet.

In Bewußtsein der Massen des wertvollen Volkes ist richtig und immer härter und verlangender hervorstechend der Gedanke, daß die faschistische Diktatur nur niedergeworfen werden kann, wenn die Geschlossenheit und der einheitliche Kampfwille die ganze Kraft des Proletariats und aller Wertvollen gegen den Faschismus einsetzt.

Das JA unserer Partei hat in diesen Tagen zu verschiedenen Gelegenheiten genommen, die Bereitschaft der Kommunistischen Partei zum Ausbruch zu bringen, gemeinsam mit allen Arbeitern und allen Organisationen, die gewillt sind, einen einheitlichen Kampf gegen die faschistische Diktatur zu führen, die Einheit voran zu stellen. In der großen Demonstration der SPD in Berlin hat der Genosse Langer im Auftrag der KPD Berlin-Brandenburg die Herren Künzler und Weis ersucht, vor den versammelten Massen im Lustgarten eine Einheitsfront-erklärung abzugeben.

Die Führer der SPD haben das abgelehnt!

Für uns Kommunisten ist die Einheitsfront kein Wandel, sondern der ausschlaggebende Faktor und die Voraussetzung der Niederwerfung des Faschismus und des Sieges der Arbeiterklasse. Die Arbeiter in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Wohnquartieren und draußen auf den großen Gassen müssen handeln und die Einheitsfront im praktischen Logekampf verwirklichen!

Die faschistische Diktatur greift auf der ganzen Front an! Die Löhne werden gekürzt und die Arbeitsbedingungen werden verschlechtert. Das Unternehmertum tüftelt zum endgültigen Schlag gegen das Tarifwesen und gegen die Gewerkschaften. Die letzten Reste der sozialen Erwerbseinkünfte sind bedroht. Die Millionen der Erwerbslosen hungern weiter. Die Hitler-Papen-

alle Schichten der Wertvollen erhalten, als praktische Verwirklichung des großen und tiefen Verlangens nach der Einheit des Proletariats im Kampfe gegen die faschistische Diktatur!

In den Gewerkschaftsversammlungen

insofern der Zahlreichen, als insbesondere in den betrieblichen Gewerkschaftsversammlungen ist die Bildung von Einheitsfront-organen eine der wichtigsten Forderungen der Stunde. Die Wahl oppositioneller Betriebsräte, die Wahl oppositioneller Arbeiter zur Belegung des betrieblichen Vertrauensmännerkörpers und aller wählbaren Funktionen in den Gewerkschaften ist eine wichtige Voraussetzung, um den Geboten der Einheit aller Arbeiter zu verwirklichen.

Hinter den Einheitsfronten müssen die Massen der Wertvollen in aktiver Bereitschaft stehen.

Die Delegiertenkonferenzen

insbesondere in den Betrieben, geben Gelegenheit, die in die letzte Abteilung die besten Kollegen zu Delegierten zu wählen, die bei jedem konkreten Fall konzentriert, mit dem Einheitsfrontausdruck handeln über die konkreten Kampfmaßnahmen zur Abwehr jedes faschistischen Angriffs auf die Arbeiterklasse.

Bewirkt der Gedanke der Einheitsfront, schafft Einheitsfrontorgane, redet nicht fruchtlos über „Einheitsfront“, sondern bildet die praktische Einheitsfront im täglichen Kampf gegen den gemeinsamen Feind, denn wird die geschlossene Kampffront des arbeitenden Proletariats und aller Wertvollen gegen den faschistischen Angriff abgewehrt, die faschistische Diktatur niedergeworfen und der Weg freimachen, um die Massen heranzuführen an den Kampf für den Sozialismus!

Aktive Solidarität

Die Belegschaft der Zigarettenfabrik Henschel, Dresden, sammelte für die Hinterbliebenen der Opfer des Blutbades im Regierheim 18. März.

Antifaschistische Aufklärungsarbeit bei der Vorbereitung der Betriebsräte wahlen

Schon die ersten Tage der Hitlerregierung haben den Arbeitern in den Betrieben gezeigt, daß die letzten Reste der Erwerbseinkünfte der Arbeiter, die in Jahrzehnten erkämpft wurden, bedroht sind.

Hugenberg ist Diktator über Löhne und alle Arbeitsfragen. In Hugenberg sind bereits die Arbeitszeiten, die Kampfsorgen der Belegschaften verboten worden. Die Lohnabbaustatistik, die fürchterliche Papennotverordnung vom Juni 1932, die die Arbeitslosenunterstützung so drastisch herabsetzt, werden nicht aufgehoben. Dagegen hat man sich in einer Notverordnung geübt, die an Unterdrückung der Presse- und Versammlungsfreiheit alle bisherigen Notverordnungen übertrifft.

Die herrschende Klasse bildet sich ein, daß die Betriebsarbeiter und Arbeitslosen für das bloße Versprechen, daß in vier Jahren die Arbeitslosigkeit und die Not beendet ist, jetzt alle Diktate des Unternehmertums kampflos hinnehmen und noch dazu für die Hitlerpartei stimmen werden. Sie sollen sich schwer vertragen haben! So ein Wunderglaube, wie ihn die herrschende Klasse bei den Arbeitern vermutet, dürfte selbst bei nur wenigen bisherigen Nazianhängern zu finden sein. Wer anfänglich, daß die Arbeitslosigkeit beilegen will, der muß dazu den Weg zeigen können, der sich darlegen, was unternommen wird.

Nur in der Semjestraktion der große Fünfjahresplan begonnen wurde, war es das jahrelange Werk tausender Kämpfe des sozialistischen Aufbaus, zeigte er konfret Ziele und Weg.

Die faschistische Reaktion kann der Arbeiterschaft nicht zeigen, welche Maßnahmen sie durchführen will, weil sie keinerlei Maßnahmen durchführen kann, die zur Beilegung der Arbeitslosigkeit führen. Die ungeheuerliche Arbeitslosigkeit, die fürchterliche Notlage der Arbeiter ist eine Auswirkung des bankrotten kapitalistischen Systems. Die Kapitalisten sind an dem ungeheuren Elend schuldig. Nur wenn den Kapitalisten das Eigentumstrecht an den Produktionsmitteln, an den Fabriken und Bergwerken entzogen wird, wenn das wertvolle Volk die Produktionsmittel in den Besitz nimmt und sie so gebraucht, daß die Beilegung der Bedürfnisse der Wertvollen das Ziel ist, dann wird die Arbeitslosigkeit liquidiert werden.

Die Regierung Hitler-Papen-Hugenberg denkt nicht daran, irgend etwas gegen die Kapitalisten zu unternehmen. Die Regierung Hugenberg sollen härter als bisher durchgeführt werden. Für alle Not und alles Elend werden nicht die Kapitalisten, sondern die Kommunisten verantwortlich gemacht. Die faschistische Reaktion kann den Massen der Arbeitslosen keine Arbeitsmöglichkeit schaffen, kann die Lage der Wertvollen nicht bessern. Mit der Arbeitslosenpflicht kann die Arbeitslosigkeit nicht beilegt werden. Schon der „Freiwilige“ Arbeitsdienst hat versagt, daß Jahntausende von Bauarbeitern und anderen Arbeitern wahllos ins Meer der Arbeitslosen gestürzt wurden.

KEIN BETRIEB ohne Rote Betriebspost

das Blatt DER KÄMPFENDEN 10 PF. EINHEITSFRONT!

Hugenberg-Regierung weigert sich, die überfüllten Lebensmittelläden und Kohlenhöfen für die hungernden Massen zu öffnen.

Nächstes gehen die Hauspächter gegen die Wertvollen vor, welche die Miete nicht zahlen können! Arbeitslosenpflicht und Arrestarbeit drohen den jugendlichen Wertvollen!

Die kleinen Bauern und Fischer gehen zugrunde, während die Junker Milliarden vom Staat erhalten. SS und SA morden Arbeiter, Arbeiterquartiere werden zerstört!

Das ist der Weg der faschistischen Diktatur!

Hier liegen die Aufklärungspunkte zur Verwirklichung einer praktischen kämpferischen Einheitsfront aller Wertvollen! Die Einheitsfront kann nicht in mehr oder minder fruchtlosen Diskussionen oder gelegentlichen spontanen Abwehrbewegungen der Arbeiterschaft bestehen! Nein! Die Schaffung der Einheitsfront ist das Resultat einer einheitlichen Vorbereitung und Organisation, nur so kann die Einheitsfrontaktion zu einer wirksamen Waffe gegen alle Angriffe der faschistischen Diktatur gestaltet werden. Nur die planmäßige Organisation der Einheitsfront erlaubt dem Proletariat, die richtigen Methoden des Klassenkampfes einzuführen und zu entwickeln!

Vor allem muß sich die Arbeiterschaft Einheitsfrontorgane schaffen, welche die Kämpfe der Arbeiterschaft organisieren und leiten!

In den Betrieben, wo die faschistische Diktatur Löhne abbaut, die Arbeitsbedingungen verschlechtert, faschistische Verfolgung gegen die Proleten hegt. — Dort Einheitsausflüsse schaffen!

In den Mietwohnungen, wo die Wertvollen die Miete nicht zahlen können. — Dort Einheitsausflüsse schaffen!

Auf den Stempelstellen, im Kampfe für die Forderungen der Erwerbslosen nach sofortiger Herausgabe der Lebensmittel- und Kohlenvorräte. — Dort Einheitsausflüsse schaffen!

In den Arbeitslosenlagern der Jugendligen gegen die faschistische Willkür. — Dort Einheitsausflüsse schaffen!

Schaffende Bauern, Fischer, Handwerker, bildet Einheitsausflüsse gegen die Angriffe der Junker.

Die Masse der Arbeiter muß in den Betrieben, auf den Stempelstellen, in den Wohngebieten, auf dem Lande diese Einheitsfrontorgane wählen und kontrollieren!

Und wer soll in diese Einheitsfrontorgane gewählt werden?

Man, die aktiven und hellen Arbeiter und Arbeiterinnen! Sozialdemokraten, christliche, freigewerkschaftliche, kommunistische und parteilose Arbeiter!

Der Gedanke zur Schaffung von Einheitsfrontorganen muß

Faustschläge ins Gesicht der Arbeiter

Der Gewerkschaftsführer Clemens Röpel erklärte auf der Betriebsrätekonferenz des NSGB (wörtlich dem offiziellen Bericht entnommen):

„Die Belegschaften und die Gewerkschaftsmitglieder müssen sich ein für allemal darüber klar sein, daß aus dem sogenannten Einheitsrummel der Kommunisten nichts Vernünftiges werden kann. Die Einheit der Arbeiterklasse wäre vorhanden, wenn die Kommunisten nicht vorhanden wären. Wir müssen vollkommen eindeutig erklären, daß wir eine Einheitsfront mit Kommunisten und Unorganisierten nicht bilden.“

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wollen keine wirkliche Einheitsfront dulden. Das bringen sie so offen zum Ausdruck, wenn sie in Zusammenschüßenden Konferenzen völlig unter sich sind. In den Gewerkschaftsversammlungen und in der Presse reden sie zur selben Zeit davon, sie seien für die Einheitsfront, um ihre wirkliche Herrschaft besser zu behaupten zu können.

Röpel kündigte auch den Ausschluß aller Arbeiter aus den Gewerkschaften an, die auf einer Betriebsratswahl nicht kandidieren, die nicht von den Gewerkschaftsfunktionären kontrolliert ist. Arbeiter, sind diese Worte Röpels nicht Faustschläge gegen euch, die ihr die Herstellung der Einheitsfront des Kampfes gegen den Faschismus wollt?

Diesemigen, die heute den Vorstoß der Bildung der breiten antifaschistischen Einheitsfront mit dem Ruf der Vernichtung der Kommunisten beantworten, helfen dem Faschismus. Wie ein Mann müssen sich die Arbeiter in allen Betrieben gegen die Rede Röpels wenden, indem sie nun erst recht in allen Betrieben die antifaschistische Einheitsfront des Kampfes herstellen. Es dürfen keine neuen Ausschüsse gebildet werden und

bei den Betriebsräte wahlen werden oppositionelle Gewerkschaftslisten und Einheitslisten gewählt.

Buchdruckereinternehmer wollen neuen Lohnabbau

Im graphischen Gewerbe haben nun die Buchdruckereinternehmer die Reichstarifverträge für die Buchdrucker und für die Buchdruckerehilfsarbeiter gekündigt; die Kündigungsfrist läuft Ende April ab. Nach der sehr spärlichen Berücksichtigung der Gewerkschaften sind die Unternehmerforderungen in ihrem ganzen Umfange noch nicht bekannt. Zeitlich jedoch, daß die Unternehmer wieder einen Lohnabbau fordern, und zwar zunächst einmal, soweit es sich um die Manteltarifbestimmungen handelt, die Befestigung der Orthographe für eine ganze Anzahl von Druckarten, wie im Dtprechen, im Rheinland usw., durch die eine Lohnsenkung von etwa 15 Prozent eintreten würde.

Der Lohnabbau ist nur die eine Seite der allgemeinen Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die die Unternehmer beabsichtigen. Ebenso gefährlich ist das Verlangen der Unternehmer auf Erhöhung des Leistungssfalls für die Handwerker und Maschinenleger. Bei den Maschinenlegern soll eine Erhöhung der Stundenleistung um 1000 Buchstaben tariflich festgelegt werden. Für die Drucker kommt eine andere Forderung der Maschinen sowohl im Flachdruck, wie an den Rotationsmaschinen, wie im Offsetdruck in Frage. Die Unternehmer wollen hier gelerntes Personal einpflanzen und mehr Hilfsarbeiter an Stelle von gelerntem Personal beschäftigen.

Die Forderungen nach Leistungssteigerung der Setzer und einer anders geregelten Maschinenbelegung, wenn sie durchgeführt wird, ungewissermaßen die Arbeitslosigkeit in diesen Sparten erheblich steigern. Wahrscheinlich aber haben die Unternehmer auch in Bezug auf die sozialen Bestimmungen des Tarifvertrages mit Urlaub usw. Abbauforderungen aufgestellt, über die die Gewerkschaftsdiktatur zunächst noch schweigt. Die Verhandlungen sind in einzelnen Sparten, wie bei den Druckern und Maschinenlegern, und zur Neuregelung der Orthographe bereits im Gange.

In allen Betrieben und in den Gewerkschaftsversammlungen müssen die Kollegen sofort Stellung nehmen, Berücksichtigung von den Verbotsbestimmungen fordern und vorbereitende Kampfmaßnahmen einleiten!

Schon die ersten Tage der neuen Hitlerregierung haben den Arbeitern klarer als je zuvor gezeigt, was die Nazis für die Arbeiter im Betrieben endlich die breite antifaschistische Einheitsfront aufbauen wollen! Wo sich bisher noch Betriebsräte fanden, die den Versprechungen der Nazisführer glaubten, jetzt können und müssen sie gründlich aufgeföhrt werden. Fragt diese bisherigen Nazianhänger, warum jetzt plötzlich die Lohnabbaustatistik nicht aufgehoben

Hinweg mit solchen Betriebsräten!



Reformistischer Betriebsrat von ... rben beglückwünscht Scheinrat Huisberg für seine „arbeitsame, erfolgreiche Tätigkeit“

werden können. Warum wird die Papennotverordnung nicht aufgehoben, die u. a. den Bezug der Arbeitslosenunterstützung als Versicherung von 20 Wochen auf 6 Wochen herabsetzt? Was ist mit der Winterhilfe für die Arbeitslosen? Sollen sich die Arbeiter neuen Lohnabbau gefallen lassen?

Die Möglichkeit der verstärkten antifaschistischen Aufklärungsarbeit ist so groß, daß es gelingen muß, die wenigen Betriebsräte, die bisher der Nazi-Partei folgten, dem Einfluß der Nazisführer zu entziehen. Bei der Vorbereitung der Betriebsräte wahlen, bei der Zusammenschließung der antifaschistischen Einheitsfront des Kampfes um die Forderungen der Belegschaften muß diese Aufklärungsarbeit mit allen Kräften geleistet werden.

Ergibt dafür, daß die Resultate der Betriebsräte wahlen ungewöhnliche Antworten an Hitler sind.

Clemens-Betriebsräte rufen zur Herstellung der Einheitsfront

Rechtlin, 11. Februar 1933

In der Arbeiterratsitzung des Siemens-Werkes vom 10. Februar 1933 wurde von den roten und freigewerkschaftlichen Betriebsräten eine Entschließung angenommen, die die Siemensarbeiter zum wehrhaften Kampfe gegen den Faschismus und zur Herstellung der Einheitsfront. Die Entschließung wendet sich an den Gesamtbetriebsrat, sowie an die einzelnen Werksbetriebsräte des Siemenskonzerns, sofort Stellung zu nehmen zur Etablierung einer gemeinsamen Betriebsrätekonferenz für den Siemenskonzern.

Die Entschließung wird durch den roten Arbeiterrat sofort dem Gesamtbetriebsrat, sowie den Werksbetriebsräten unterbreitet.

RUND UM DEN ERDBALL

Ein Berg wandert gegen eine Stadt

Belgischer Ort geräumt

Brüssel, 12. Februar. Das von 12 000 Menschen bewohnte Städtchen Couillet in der Nähe von Charleroi und verschiedene umliegende Dörfer werden seit einiger Zeit von einer furchtbaren Gefahr bedroht. In den letzten Tagen hat die Situation eine verzweifelte Zuspitzung erfahren, daß sich die Katastrophe jeden Augenblick abspielen kann.

In der Nähe der großen Landstraße, die von Couillet nach Charleroi führt, ist eine langgestreckte Hügelkette ins Rollen gekommen. Woche für Woche schritten die Sand- und Steinmassen voran, von Stunde zu Stunde nimmt die Gefahr zu, daß der Berg, der täglich einen Meter weiter wandert, die Stadt und die Ortschaften verschüttet.

Auf einem Hügel war im Jahre 1915 von der deutschen Militärverwaltung ein Artilleriedenkmal zu Ehren der deutschen Kriegsgesessenen errichtet worden. Dieses Denkmal wurde nach dem Krieg von der belgischen Regierung mit großen Mengen Dynamit gesprengt. Sachverständige neigen zu der Ansicht, daß diese Sprengung den Anstoß zu der Bewegung der Hügel gegeben habe.

Nun arbeiten schon seit einigen Wochen auf Befehl des Kriegsministeriums viele Hunderte von Pionieren, um das Röhrenrücken der Bergmassen durch Zementbauten und Wälle aufzuhalten. Aber am letzten Sonnabend ist trotz aller Anstrengungen und trotz der Mitarbeit der gesamten Bevölkerung die Situation so bedrohlich geworden, daß der Bürgermeister sich entschließen mußte, die Straße zu sperren und mehrere Tausend Einwohner ihre Häuser räumen zu lassen. 3000 der Betroffenen sollen in Baracken untergebracht werden.

Gasgeneratorenerplosion in Bad Reichenhall

München, 13. Februar. In Bad Reichenhall explodierten am Sonnabendabend mit donnerähnlichem Knall und einer etwa 40 Meter hohen Stichflamme die beiden Gasgeneratoren des ebenfalls wieder in Betrieb gefetzten Eisenwerkes Hammerau. Beide Gasgeneratoren haben eine Höhe von zehn Metern und wurden in Stöße gestellt, so daß das ganze Gebäude zerstört wurde. Im Anschluß an die Explosion entstand ein Brand. Die Eisentrümmer flogen in die Luft und richteten größeren Schaden in der Umgebung des Werkes an. Da die Belegchiff gerade fünf Minuten zuvor das Werk verlassen hatte, wurden nur zwei als Woche zurückgebliebene Arbeiter leicht verletzt. Die Generatoren und die Abgasanlagen brannten auch noch am Sonntag. Die Belegchiff von etwa 150 Mann ist durch das Unglück, dessen Ursache noch gerichtlich geklärt wird, auf unbestimmte Zeit arbeitslos geworden. Die Feuerwehren arbeiten noch an der Eindämmung des Brandes; die Hauptgefahr erscheint vorüber.

Schweres Erdbeben in Innerchina

70 000 Tote?

Peking, 13. Februar. Wie erst jetzt bekannt wird, hat sich am 26. Dezember 1932 in der innerchinesischen Provinz Kansu ein außerordentlich schweres Erdbeben ereignet. Reisende, die aus Kansu eingetroffen sind, berichten, daß zahlreiche Städte und Dörfer vollständig vernichtet worden sind. Die Zahl der Toten wird auf etwa 70 000 geschätzt.

Peking, 13. Februar. Zur Erdbebenkatastrophe in der chinesischen Provinz Kansu wird ergänzend gemeldet: Die Städte Pingnan und Labron mit je 11 000 Einwohnern sollen völlig vom Erdbeben verschlungen sein. Auch die Stadt Sining soll zum größten Teil zerstört sein. Die militärischen Besatzungen der Festungen sollen vernichtet worden sein. Wie verlautet, steht die Bevölkerung völlig mittellos da und hat bisher noch keinerlei Hilfe erhalten.

Die chinesische Provinz Kansu liegt zwischen Tibet und der Mongolei.

Selbstmord einer Familie

M. Halle, 13. Februar. Ein hiesiger Wählervereinsführer wurde in seiner Wohnung mit seiner Frau am Tisch sitzend tot aufgefunden. Auf dem Sofa lag ebenfalls tot der 11jährige Sohn. Die Familie hatte sich wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten mit Gas das Leben genommen.

17 Millionen Arbeitslose in Amerika

New York, 13. Februar. Nach der Schätzung der Vereinigung zur Erforschung des Arbeitsmarktes waren in den Vereinigten Staaten im November 1932 etwa 17 Millionen Personen arbeitslos, ein Drittel aller „Beschäftigten“. 42 v. H. aller Lohnempfänger sind erwerbslos.

Zum Gedächtnis Richard Wagners wurde in Leningrad eine Wagner-Ausstellung eröffnet, die die Bedeutung Wagners für Russland veranschaulichen soll. Am Sonntag fand in der Leningrader Philharmonie ein großes Konzert zu Ehren Wagners statt.

In der Nähe von Krakau stülzte am Sonnabend infolge Motorschadens ein Militärflugzeug ab und wurde vollkommen zerstört. Beide Piloten sind in schwerverletztem Zustand geborgen worden. Einer der Piloten ist inzwischen seinen Verletzungen erlegen.

Der Ozeanflieger Lindbergh brachblich, infolge der dauernden Erprobungsversuche und neuen Entwürfsänderungen Amerika für immer zu verlassen.

In der Nähe von Tunis haben ungeheure Heuschreckenschwärme die Ernte zum größten Teil zerstört. In der Umgegend von Nefta wurden 2500 Säcke voll Heuschrecken gesammelt.

In der Nähe von Nîmes hat man eine alte „Totenstadt“ entdeckt. Von den vielen freigelegten Gräbern stammen viele aus dem 6. Jahrhundert vor unserer Zeitrechnung.

Neunkirchen, ein Bild des Grauens

Noch immer ausströmende Gase / Von Hilfe an die Verunglückten noch nichts zu merken



Aufräumarbeiten in den zerstörten Straßen Neunkirchens.

sondern zusammengetürmte Haufen. Um und um patrouillieren Gendarmen und Polizei.

Von der Umgebung strömen ungeheure Menschenmassen nach Neunkirchen. Auch alle Flüge, die aus der Ferne kommen, sind überfüllt. Da kommen Menschen aus allen Gegenden her, um nach ihren Verwandten zu sehen, die zu erkundigen, wer noch am Leben geblieben. Die Identität der meisten Leichen ist noch immer nicht festgestellt. In vielen Fällen wird sich diese Identität auch nie feststellen lassen, weil von vielen Toten nur vereinzelte Ueberreste vorhanden sind und die meisten, die nicht so zerstört worden sind, sind bis zur Unkenntlichkeit zerstört.

Die vier Krankenhäuser der Stadt sind überfüllt. Hier sind die Chirurgen sehr beschäftigt. Unzählige Beine und Hände mußten in aller Eile amputiert werden.

Einen grauenhaften Anblick bieten die Leichenhallen der Soldatler. Neben ganzen Leichen sieht man hier Köpfe, Hände und Beine. Unzählige Frauen sind hierbei. Und immer wieder öffnen sich die Platten der Leichenhallen, um neue Leichen aufzunehmen. Denn andauernd arbeitet man an den Trümmern, um noch Verstümmelte freizulegen.

Bestürzend ist der Anblick der Mütter, Väter, Brüder und Schwestern, die unter den Toten ihre nächsten Angehörigen feststellen. Oft bemühen sich kühne Menschen um die Feststellung der Identität einer Leiche und kommen zu keinem Ergebnis.

Was nun tut, ist ausgedehnte Hilfe für die unzähligen Witwen, für diejenigen, die vom Unglück verstoßen worden sind und heute nicht mehr wissen, wo sie einen Tag verbringen sollen. Aber von dieser Hilfe ist, wie gesagt, noch nichts zu merken.

Neunkirchen, 13. Februar. (Vericht unseres Sonderkorrespondenten.) Auf die erste Nachricht hin von der furchtbaren Gasstrophe in Neunkirchen hat, wie wir bereits mitgeteilt haben, die kommunistische Reichstagsfraktion einen Antrag auf sofortige ausgedehnte Hilfe und auf eine strenge Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe gestellt. Von Hilfe ist aber bisher nichts zu merken. Noch jetzt läßt sich kaum die Größe der Gasstrophe überblicken.

In den Straßen der inneren Stadt ist noch immer der süßliche Geruch ausströmender Gase zu verspüren. Rings um das Trümmerfeld der Unzulässigkeitsbrennen geipenierhaft Koksfelder. In den engen Straßen um das Unglücksgelände ragen Ueberreste von Häusern empor. Es sind nicht einmal Trümmer.

Brief des Arbeitslosen Ulrich Peschke an den Herren Reichskanzler Hitler

In Trut geben von der Gasse Excellenz, hochverehrter Herr Reichskanzler! Für Sie bin ich wohl eine unbekannte Persönlichkeit, aber mit Ihrem Freunde und Vizekanzler Herrn von Papen stand ich schon früher mal in sehr reger Korrespondenz. Das heißt: Bis zu einem gewissen Grade war die Korrespondenz eine einseitige. Ich schrieb an Herrn von Papen einige Briefe, erhielt aber bis zum heutigen Tage keine Antwort. Ich erwartete aber auch keine direkte Antwort, denn meine Briefe waren ja nur eine Stellungnahme zu den Reden des Herrn von Papen.

Nun will ich zu Ihrer Rede im Sportpalast einige Bemerkungen machen; selbstverständlich nur zustimmender und beglückwünschender Natur. Ich bin ein sehr beherrschter Mensch, und will mir gar nicht anmaßen zu behaupten, daß ich Ihnen den Weg gezeigt habe. Aber eines will ich bemerken, daß ich schon ein beglückwünschender Anhänger des Herrn von Papen war, als es noch den Anschein erweckte, daß Sie ein Gegner des Herrn von Papen wären und die geschickten Zeitungen Ihrer Partei gegen Herrn von Papen Stellung nahmen. Nun, Gott sei Dank, heute sind ja alle nationalen Kräfte vereint, führen alle seinen Herren zusammen um Ihren Tisch und kein Wolkchen trübt den weißen Himmel der nationalen Front.

Wohlgelautete Ihrer Rede. Ich lauschte ihr nicht in meinem Zimmer, denn ich besitze gar keine Wohnung, sondern nur eine Pause und da fühlt man sich draußen besser als drinnen. Ich stand also auf einem der Plätze, auf denen Ihre Rede übertragen worden ist und horchte mit Spannung und voller Erwartung. Gewiß, es blies ein kalter Wind, der mich durch Raet und Bein ging. Aber davon ist unsereiner gewöhnt, denn wir wohnen ja wie gesagt schließlich nicht in Palästen, sondern in Lauben, wo Wind und Regen sich stets frei austoben können.

Ich war nicht der einzige, der auf diesem Platz gestanden hat. Viele meiner Standesgenossen standen da mit mir und warteten. Wir alle wollten hören, was Sie, hochverehrter Herr Reichskanzler, der Führer des Deutschen Reiches, uns zu sagen haben. Es ist merkwürdig, wie verschieden die Eindrücke ein und derselben Rede bei verschiedenen Menschen sind. Neben mir stand ein Herr in einem schönen Pelz und hüpfte bei jedem Ihrer Worte vor Vergnügen. „Wie bei meiner Wahrsagerin“, bemerkte er bei jedem Wort. „Wir hören, was in der Vergangenheit war, und was in der Zukunft sein wird, werden wir ja noch sehen.“

Bei mir war, wie gesagt, der Eindruck ein ganz anderer. Bisher war ich immer der Meinung, daß wenn zwei Menschen, die die gleiche Sprache sprechen, miteinander reden, sie einander stets verstehen müssen. Bei Ihrer gestrigen Rede kam es mir so recht zum Bewußtsein, daß man die gleiche Sprache sprechen kann und doch ganz verschieden. Ich muß sagen: Der Ton und die Worte kamen mir so bekannt vor (das gleiche wie letztes Jahr bei Papen), aber es war mir unmöglich, den Inhalt zu verstehen.

Sie sprachen da z. B. von deutscher Kultur, deutscher Kunst, deutscher Architektur, deutscher Musik und deutscher Seele. Mein Nachbar im Pelz hüpfte bei diesen Worten wieder einmal vor Freude. Ich aber, ich muß Ihnen offen sagen, ich bin ein einfacher Arbeiter, einer von jenen vielen Millionen, die in der Presse Ihrer Partei mit dem schönen Namen Untermenschen getauft worden sind. Ich bin auf den Platz gekommen, in der Erwartung, daß Sie uns etwas sagen werden über Arbeit, Beschäftigung, über Brot, Kohle, kurz über alltägliche Dinge. Wenn so einem der Magen knurrt, wenn der Wind weht und sein geht, wenn man seit Tagen nichts Warmes mehr zu sich genommen hat, dann will man hören, wenn es wieder Arbeit gibt, was die Regierung unternimmt, um uns Arbeit zu verschaffen. Viele glaubten sogar, daß Sie in Ihrer Rede erzählen werden, daß keine Forderungen auf Fleisch und Schmalz kommen; und als mein Freund Heinrich während Ihrer Rede dies laut bemerkte, da wandte sich der Herr im Pelz ganz empört zu uns und fragte, wie wir so prosaisch reden können, während aus dem Lautsprecher Poesie und Zukunftsmusik dringt.

Wir wurden still und lauschten weiter Ihren Worten. Da hörten wir, wie Sie sagten: „Ich weiß, daß, wenn heute sich die Gräber öffnen würden, die Geister der Vergangenheit, die einst für Deutschland stritten und lebten und starben, sie würden emporschieben und mit uns sein.“ Ich zweifle keines Moments daran, daß die Geister der Vergangenheit, daß alles, was aus den Gräbern empfortragt, Geist von Ihrem Geist ist. Aber was soll aus uns werden? Sie sagten: „Deutsches Volk, gib uns vier Jahre Zeit! Dann richte und urteile über uns.“

Da erkannte ich die Worte Ihres hochverehrten Herrn Vizekanzlers von Papen. Fast das gleiche hatte er uns letztes Jahr im Winter gesagt. Aber es bedurfte gar nicht vier Jahre, bis mir die Segnungen seines Wirkens zu spüren bekamen. Seit seiner Rede sind viele von uns bereits ins Grab gefahren oder in ein besseres Jenseits gelangt.

Vier Jahre? Mein Freund Heinrich, der in allen Dingen Bescheid weiß, meint, daß man die Sache so verstehen müsse, daß wir, wenn Sie vier Jahre wirken sollten, längst schon „vergeistlicht“ sein würden und kein Bedürfnis nach solchen Dingen wie Kohle, Brot und dergleichen haben werden. Das ist ohne Zweifel eine sehr schöne, eine herrliche Aussicht. Der Herr mit dem Pelz neben mir geriet bei Ihren Worten in immer größerer Begeisterung. Als Ihr Amen erklang, tief er wieder und immer wieder Amen.

Wie Sie also sehen, hochverehrter Herr Reichskanzler, haben die feinen Herren mit den feinen Pelzen recht viel hinter Ihnen.

Ich verbleibe mit vorzüglicher und untertänigster Hochachtung, Ihr Ulrich Peschke.

Verantwortlich: Alfred Benzsch, Berlin

Tageszeitung Verbreitung

9. Jahrgang

Kämpfer

Kriminalpolizei kommunistisch

Hitler kann keine

Nur einen einzigen

Wir sagen den

Massenhaushaltungen

Heute vormittag

Nach Redaktions

Kriminalpolizei

Heute abend

Neue Verfassung

Die beiden kom

Gesamt

Die Holzarbeiter

Der Kampf in d

1000 Arbeiter

Die Textilfabrik